

Regierungsprogramm SPD Saar

C 94 - 02093

**Unserm Saarland
zuliebe**



Schriftenreihe der SPD Saar Nr. 2/94 September 1994

Verantwortlich für die Veröffentlichung:
SPD Saar, Carlo Weber, Hohenzollernstr. 45, 66117 Saarbrücken

Bestell-Nr. SPD 294

Programm der SPD Saar
für die Jahre 1995 - 2000

Leistung und Perspektive

**Unserem Saarland
zu Liebe**

C 94 - 02093



Inhalt

I.	<u>Wir bleiben selbständig</u>	
	- Die Teilentschuldung: Unser historischer Erfolg	1
	- Die Selbständigkeit finanziell absichern: Sparsame Haushaltswirtschaft, Prioritäten für Investitionen	3
	- Selbständigkeit zu unserer eigenen Identität	3
II.	<u>Wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort</u>	
	- Mit stabiler Kohlebasis aktiv zum Strukturwandel beitragen	8
	- Für einen wettbewerbsfähigen Stahlstandort Saarland	10
	- Professionelle Flächenvorsorge unterstützt unsere Ansiedlungsoffensive	12
	- Innovationsschub durch Wirtschafts- und Technologieförderung	14
	- Standortvorteile der europäischen Zentrallage durch Verkehrspolitik nutzen	17
	- Vorrang für Beschäftigung und Qualifizierung	19
	- Wirksamer Verbraucherschutz	23
III.	<u>Die Grenzen Überwinden: Wirtschafts- und Kulturraum Saar-Lor-Lux</u>	
	- Es wächst zusammen, was zusammen gehört	24
	- Konkrete Zusammenarbeit	25
	- Europäische Kompetenz	26
	- Perspektiven	28
	- Das kulturelle Profil wird stärker	29
IV.	<u>Forschung und Entwicklung: der Sprung nach vorn</u>	
	- Die Eckpunkte unseres Konzepts	32
	- Die Hochschulen als Basis von Forschung und Entwicklung	34
	- Die erfolgreiche Ansiedlung von Forschungsinstituten	36
	- Förderung und Beratung innovativer Unternehmen	39

V. Auf dem Weg zur Ökologischen Wirtschaft

- Ökologische Umstrukturierung wirtschaftlich nutzen 41
- Mit Energie ins solare Zeitalter 43
- Energiesparen: Energietechnik für Umwelt und Wirtschaft 44
- Ökologisches Denken in die betriebliche Praxis 48
- Umweltforschung: Impulse für Umwelt und Wirtschaft 49
- Sichere Entsorgung zu vertretbaren Kosten 51
- Von der ehemaligen Industriebrache zu attraktiven Gewerbeflächen 52

VI. Der Schutz unserer natürlichen Umwelt: unser Plus

- Schutz der Natur und Pflege der Landschaft: Lebensraum für Tiere und Pflanzen 57
- Saubere Flüsse und reines Wasser: Gesunde Lebensadern der Natur, Gesundheit für die Menschen 59
- Bodenschutz: Altlasten beseitigen, zukünftige Belastungen vermeiden 62
- Saarländische Klimapolitik: Saubere Luft an der Saar, unser Beitrag zum Klimaschutz 63
- Unsere Verkehrspolitik: Umweltschonende Mobilität durch intelligenten Verbund der Verkehrsmittel 65
- Unsere Abfallwirtschaft: Modell für ökologische Kreisläufe 68
- Unsere Forstpolitik: Forstwirtschaft zum Schutz der Lebensgrundlagen 70
- Unsere Landwirtschaftspolitik: Pflege der Kulturlandschaft, Erhaltung der Naturgüter 72

VII. Bildung und Ausbildung für die Befürfnisse von morgen

- Differenzierung und Verbesserung der Schulstruktur 75
- Straffung der Schulstruktur als Aufgabe der Zukunft 76
- Betreuungsangebote als Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf 78
- Integration behinderter Kinder 79
- Soziale und kulturelle Kompetenz als wesentliche Bildungsinhalte 79
- Verbesserung der beruflichen Bildung 82

- Demokratisierung der Schule	83
- Erleben der Kultur des Nachbarn als Beitrag zur europäischen Integration	83
- Perspektiven für die Entwicklung unserer Hochschulen	85

VIII. In Solidarität zueinander

- Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit verwalten	87
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf	90
- Mehr Rechte für die Frauen	92
- Für eine familienfreundliche Gesellschaft	94
- Saarland-Kinderland	96
- Jugendliche: Nicht nur Chancen geben, sondern Rechte erfüllen	97
- Souverän älter werden	98
- Modernes Gesundheitswesen	101
- Hilfe für Drogenabhängige	102
- An der Saar läßt sich sicher leben	103
- Schutz unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger	105
- Solidarität mit Behinderten	106

IX. Lebendige Kulturlandschaft Saar

- Das Staatstheater: Eine Bühne von Rang	109
- Impulse für die Museen	110
- Hochschule der Bildenden Künste Saar	111
- Kultur für alle	111
- Kulturelle Impulse aus unserer Regionalgeschichte	114

I. Wir bleiben selbständig

Die Teilentschuldung: Unser historischer Erfolg

Wir Saarländer wollen selbständig bleiben. Oft genug in seiner wechsellvollen Geschichte ist das Schicksal unseres Landes von außen bestimmt worden. Dies soll sich nicht wiederholen. Wir wollen auch in Zukunft über unser Schicksal selbst bestimmen und unsere Interessen in Bonn und Brüssel selbst vertreten können.

Deswegen ist die Teilentschuldung unseres Haushalts in Höhe von 8 Milliarden DM, die wir in Bonn durchgesetzt haben, das nach der Rückgliederung des Saarlandes für die Saarländerinnen und Saarländer wichtigste politische Datum - war sie doch angesichts der Haushaltsnotlage des Landes Voraussetzung für den Erhalt seiner Selbständigkeit.

Das Saarland verdankt seine Existenz als eigenständiges Land den Wirtschaftszweigen Kohle und Stahl. Sie haben seine Wirtschaftsstruktur lange ausschließlich geprägt. Frühere Regierungen haben versäumt, rechtzeitig die Umstrukturierung einzuleiten. Die Folge war, daß ein sozialverträglicher Strukturwandel nur noch durch massive Haushaltsbeanspruchung vorangebracht werden konnte.

Dazu kam in den letzten 10 Jahren eine Politik in Bonn, die der Kohle immer schlechtere Bedingungen schuf und die heimische Stahlindustrie schutzlos einer hochsubventionierten und mit Dumpingpreisen arbeitenden internationalen Konkurrenz überließ.

Hier liegt die Ursache der Haushaltsnotlage unseres Landes. Die Montanlasten machten 1993 weit mehr als die Hälfte der Gesamtverschuldung des Landes aus. Ohne diesen Schuldenberg aus dem Montansektor hätte das Saarland mit

seiner Schuldenlast je Einwohner etwa im Länderdurchschnitt gelegen.

Die Perspektiven waren daher düster: Die ständig steigenden Zinslasten drohten dem Land finanziell die Luft abzuschneiden. Es bestand die Gefahr, daß es seine Aufgaben in der Wirtschafts- und Umweltpolitik, im sozialen und kulturellen Bereich immer weniger würde erfüllen können. Und die Selbständigkeit stand auf dem Spiel!

Daher haben wir zum einen von Anfang an einen strengen Sparkurs eingeschlagen und durchgehalten. Durch eigene Anstrengungen haben wir der sich stetig verschlechternden Haushaltssituation massiv entgegengewirkt. Das hat Opfer gekostet. Aber wir konnten dabei auf die Unterstützung der Saarländerinnen und Saarländer bauen.

Gleichzeitig war jedoch klar: ohne massive Hilfe von außen war es nicht möglich, den Haushalt grundlegend zu sanieren.

Also haben wir energisch dafür gekämpft, daß dem Land in seiner unverschuldeten Haushaltsnotlage durchgreifend geholfen wird. Zusätzlich haben wir den Anspruch auf Hilfe vor dem Bundesverfassungsgericht eingeklagt. Mit seinem Urteil vom 27. Mai 1992 hat das Verfassungsgericht uns Recht gegeben.

Es ist der Landesregierung gelungen, den Richterspruch politisch umzusetzen: Ministerpräsident Oskar Lafontaine setzte die Teilentschuldung in den Solidarpaktverhandlungen Anfang 1993 durch. Mit diesem historischen Erfolg haben wir die Eigenständigkeit des Saarlandes gesichert!

Die Selbständigkeit finanziell absichern:
Sparsame Haushaltswirtschaft, Prioritäten für
Investitionen

Die Teilentschuldung befreit den Landeshaushalt von den übermäßigen Zinslasten. Wir haben so die historische Chance, die Finanzwirtschaft des Landes aus dem Teufelskreis von hoher Zinslast - neuer Verschuldung - weiter steigender Zinslast zu befreien. Diese Chance werden wir ergreifen, damit unsere Politik zukünftig wieder eigenständig gestaltet werden kann.

Wir werden die Nettokreditaufnahme des Landes auf das langfristig vertretbare Maß zurückführen und so den Haushalt sanieren. Gleichzeitig werden wir die wirtschaftskraftstärkenden Investitionen des Landes steigern, um die Haushaltssanierung wirtschaftlich zu flankieren und langfristig abzusichern.

Damit beides gelingt, ist weiterhin eine sparsame und solide Haushaltswirtschaft unabdingbar. Gleichzeitig sind die Prioritäten im Landeshaushalt so zu setzen, daß die Wirtschaftskraft des Landes dauerhaft gestärkt wird. Das heißt: Bei strikter Ausgabendisziplin ist der Schwerpunkt auf Investitionen zu legen, die den wirtschaftlichen Strukturwandel weiter vorantreiben.

Selbständig zu unserer eigenen Identität

Ist eine sichere materielle Grundlage wesentliche Voraussetzung zur Selbständigkeit, so reicht sie jedoch alleine nicht aus: Zur Selbständigkeit gehört auch eine eigenständige, unverwechselbare Identität.

Keine Frage, daß das Land an der Saar seine Identität besitzt, die von den Menschen bewußt und unbewußt gelebt und empfunden wird. Keine Frage auch, daß die Politik diesem Bewußtsein entsprechen und es fördern muß. Der einzelne muß wissen und empfinden, wohin und zu wem er gehört, wenn in einer Gemeinschaft Zusammenhalt entstehen soll.

Gerade in einer Zeit, in der die individuellen Freiheiten größer werden und die sozialen Bindungen schwächer, sind Solidarität und Zusammenhalten so wichtig, um den Druck der Ellenbogengesellschaft auf den einzelnen zu mildern.

Eine spezifische Identität konnte sich an der Saar früher und stärker ausprägen als in manch anderem, von den Besatzungsmächten erst nach dem Zweiten Weltkrieg zugeschnittenen Bundesland. Unsere Region hat ja eine geschichtliche Entwicklung durchgemacht, die sich in wirtschaftlicher und machtpolitischer Hinsicht deutlich von der Entwicklung der deutschen Nachbarregionen unterschied. In der Vergangenheit wurde die Saar mal von Frankreich, mal von Deutschland, teils von Bayern, teils von Preußen regiert. Fünfzehn Jahre lang hatte der Völkerbund das Sagen. Was Fremdherrschaft heißt, wissen die Menschen an der Saar aus ihrem geschichtlichen Gedächtnis. Dies stärkt den Wunsch, als selbständiges Bundesland über das eigene Geschick bestimmen zu können.

Unter den wechselnden Herrschaftsverhältnissen konnten die Menschen an der Saar ihre Identität wohl nur durch die Betonung des Privat- oder Vereinslebens, durch den Rückzug in den Schutz von Familie oder Nachbarschaft wahren. Noch immer hat das Vereinsleben im Saarland größere Bedeutung als andernorts. Und es leben hier bei uns auch weniger alte Menschen in Heimen als in den anderen Bundesländern. Solch lebenswerte Eigenarten wollen wir erhalten.

Weil die Saarregion reich an Kohlevorräten ist, nahm unser Land in der Vergangenheit eine andere wirtschaftliche Entwicklung als die benachbarten deutschen Regionen: Es fand eine Industrialisierung statt, wie sie für Montanreviere typisch ist. Über Jahrhunderte hat die Arbeit im Bergbau und im Eisen- und Stahlwerk nicht nur den Alltag der Menschen geprägt, sondern hat auch das kulturelle Leben bis in die Architektur oder in die Thematik der bildenden Künste beeinflusst.

So ist mit der Zeit eine Industriekultur gewachsen, deren Wert wir uns heute mehr und mehr bewußt werden. Indem wir zeitgenössische Akzente auf diese traditionelle Industriekultur setzen, wollen wir sie neu beleben. Darin sehen wir die Chance für unser Land, sich kulturell in einer eigenen, zugleich identitätsbewahrenden und identitätsstiftenden Art und Weise auszudrücken.

In den angrenzenden lothringischen Gebieten verlief der Industrialisierungsprozeß aufgrund der Kohle- und Erzvorkommen ähnlich wie an der Saar. Historische Untersuchungen der Wirtschaftsbeziehungen, Bevölkerungsbewegungen und Einzugsgebiete belegen, daß der saarländisch-lothringische Grenzraum bereits im 19. Jahrhundert Kennzeichen eines einheitlichen Wirtschaftsraumes aufwies. Das Bemühen, einen solchen einheitlichen Wirtschaftsraum heute unter dem Vorzeichen des Europäischen Binnenmarktes wieder zu errichten, steht auf dem Fundament der geschichtlichen Kontinuität.

Die Vision einer zukünftigen Saar-Lor-Lux-Region ist also kein Hirngespinnst, kein künstliches Gebilde ohne geschichtliche Wurzeln. Vielmehr ist sie die große Chance für unser Land, den Nachteilen einer nationalen Randlage dauerhaft zu entkommen.

Nachdem sich mit dem Beitritt der neuen Länder die politischen und wirtschaftlichen Gewichte innerhalb der Bundesrepublik nach Osten verschoben haben, ist es für das Saarland nicht leichter geworden, seine spezifischen Interessen durchzusetzen. In den vergangenen Jahren ist dies nur deshalb so gut gelungen, weil Ministerpräsident Lafontaine in der deutschen Politik eine führende Rolle spielt. Wir werden weiterhin dafür sorgen, daß die Stimme des Saarlandes gehört wird und daß sich diejenigen in Deutschland nicht durchsetzen, die unsere Selbständigkeit gegen die Nachteile der geographischen Randlage eintauschen möchten.

II. Wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort

Der seit 1985 beschrittene Weg, die Saarwirtschaft ökologisch und ökonomisch zu erneuern, hatte auch in Zeiten der Rezession absolute Priorität. Gezielt wurde auf einen beschleunigten Strukturwandel, auf die Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und auf die Sicherung und Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in wachstumsstarken Industriezweigen, im Handwerk, bei High-tech-Unternehmen und im Dienstleistungsbereich gesetzt.

Unser strategischer Ansatz,

- die wirtschaftsnahe Forschungs- und Technologieinfrastruktur weiter auszubauen, um auf den Zukunftsmärkten präsent und wettbewerbsfähig zu sein,
- durch eine Verzahnung zahlreicher Politikfelder und Ministerien wie z.B. Wirtschaft, Umwelt und Wissenschaft unseren Wirtschaftsstandort zu profilieren, um durch Neuansiedlungen zusätzliches Investitionskapital und wirtschaftliches Know-how ins Land zu holen,
- unsere zentrale Lage im Herzen Europas und unsere spezifische Kompetenz nutzbar zu machen, um im europäischen Wirtschaftsraum Marktchancen zu erschließen,
- unseren Montankern zu stabilisieren, um bruchartige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden,

hat uns auf dem Weg der Erneuerung unserer Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen vorangebracht.

Trotz der bundesweiten konjunkturellen Krisensituation belegen die Kennziffern nachdrücklich, daß dieser eingeschlagene Weg richtig war und daß wir auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen sind.

Außerhalb des Montanbereichs sind an der Saar von 1985 bis 1993 mehr als 27.000 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen worden. Der Anteil des Montansektors an der Gesamtwirtschaft hat sich - bezogen auf die Beschäftigtenzahl - von knapp 13 % im Jahr 1985 auf unter 9 % im Jahre 1993 verringert.

Durch den Zuwachs an Arbeitsplätzen außerhalb des Montanbereichs steht die Saarwirtschaft mittlerweile auf einem erheblich breiteren Fundament als noch vor einem Jahrzehnt.

Der Zuwachs an Stabilität zeigt sich auch in den Arbeitsmarktzahlen: Die Zahl der Arbeitslosen lag 1993 um 6.000 niedriger als 1985. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 1993 im Saarland mit 11,2 Prozent immer noch erheblich unter dem Wert Mitte der achtziger Jahre, als wir uns ebenfalls am Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs auf Bundesebene befanden.

Die Erwerbsquote der Frauen ist von rund 41 Prozent im Jahr 1985 auf mittlerweile fast 50 Prozent angestiegen.

Obwohl die kritische Konjunkturlage das Ansiedlungsgeschäft erheblich erschwert hat, ist es uns gelungen, von den neun bedeutendsten Investitionen internationaler Unternehmen in der Bundesrepublik im letzten Jahr drei in das Saarland zu holen: neben den Eisenwerken Brühl in Dillingen auch Johnson Controls in Schwalbach und Winnebago Industries in Kirkel. Dies alles belegt die Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts.

Mit stabiler Kohlebasis aktiv zum Strukturwandel beitragen

Nach mehreren Kohlerunden, verbunden mit Kapazitäts- und Beschäftigungsabbau, wurde der heimische Bergbau auch in der letzten Legislaturperiode schweren Belastungen durch die Bun-

desregierung ausgesetzt. Immer wieder brach Bonn gemeinsam mit den Kohleländern getroffene Vereinbarungen.

Jüngster Fall: Durch das Artikelgesetz vom Mai 1994 wurden die Ergebnisse der Kohlerunde 1991 von der Bundesregierung vom Tisch gewischt. Weder die ursprünglichen Mengenzusagen noch die Garantie bis zum Jahr 2005 wurden eingehalten. Stattdessen wurden die Fördermengen dem Risiko von Währungsschwankungen und Entwicklungen am Weltkohlemarkt ausgesetzt. Zudem ist die Refinanzierung ab 1997 noch völlig ungeklärt.

Im übrigen bedeutet das neue Gesetz eine Abkehr von der bisherigen Politik der Versorgungssicherheit und einen weiteren Schritt in die Abhängigkeit von der risikoreichen Atomtechnologie.

Damit nicht genug. Jetzt will die Bonner Koalition ab 1995 den Revierländern den hälftigen Beitrag bei der Finanzierung der Kokskohlenbeihilfe abverlangen. Die Folge wäre eine zusätzliche Belastung des Landeshaushaltes von jährlich mindestens 150 Mio DM, die dessen Sanierung nachhaltig gefährden würde.

Das Saarland hat sich im Bundesrat intensiv für die Schaffung einer verlässlichen Finanzierung für die Steinkohle auf der Basis der Vereinbarungen der Kohlerunde 1991 eingesetzt. Die Durchsetzung dieser Forderung bleibt weiter unser Ziel. Denn sie ist wesentliche Voraussetzung für die Realisierung des Drei-Standorte-Konzeptes der Saarbergwerke und des planmäßigen sozialverträglichen Beschäftigungsabbaus.

Sie ist auch unerläßliche Voraussetzung dafür, daß der Bergbau im Rahmen seiner Möglichkeiten aktiv zum Strukturwandel beitragen und Beschäftigungsperspektiven im Nicht-Kohle-Teil eröffnen kann.

Gute Ansatzpunkte sind vorhanden. Sie müssen in den nächsten Jahren noch ausgebaut werden. Wir denken dabei vor allem an Aktivitäten, die mit dem Bergbau eng verknüpft sind und gute Marktchancen haben, wie z.B. die Kraftwerkstechnologie, die Umwelt- und Energietechnik, die Entsorgungs- und Versorgungswirtschaft sowie die Ausrüstungstechnik der Bergbauzulieferindustrie.

Dazu gehört aber auch die Bereitstellung und Wiederaufbereitung von Flächen, die vom Bergbau nicht mehr benötigt werden. Die Sanierung der ehemaligen Bergehalde Klinkenthal in Schiffweiler und die gewerbliche Erschließung und Verwertung der früheren Tagesanlage Maybach stehen für Beispiele, die schon erfolgreich angegangen wurden.

Für einen wettbewerbsfähigen Stahlstandort Saarland

Seit 1992 hat sich die Lage der europäischen Stahlindustrie dramatisch zugespitzt. Sie litt nicht nur unter der allgemeinen Konjunkturschwäche, sondern war erheblichen Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Stahlmärkten ausgesetzt. Massive Subventionen für einzelne Stahlunternehmen in der Europäischen Union, Billigimporte aus Osteuropa und auch die weitgehende Abschottung des amerikanischen Marktes gegen Stahlimporte führten die gesamte deutsche Stahlindustrie in eine schwere Krise.

Das Saarland hat frühzeitig die Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen eingefordert. Doch trotz dringenden Handlungsbedarfs hat die Bundesregierung die Dinge weitgehend treiben lassen, mit den bekannten katastrophalen Folgen für die deutsche Stahlindustrie.

Durch das Insolvenzverfahren bei Klöckner und dem Konkurs der Saarstahl AG ist deutlich geworden, daß unter diesen Marktbedingungen

auch Unternehmen, deren Produktionsanlagen höchsten technologischen Ansprüchen gerecht werden, in eine existenzgefährdende Krise geraten können.

Nach dem Konkurs der Saarstahl AG im Mai 1993 galt auch angesichts der vielfältigen Produktions- und Zuliefererbeziehungen die erste Sorge der Landesregierung dem reibungslosen Fortführen des Betriebes. Unerlässlich dafür war die sozialverträgliche Begleitung des unvermeidbaren Personalabbaus. Hierbei hat sich die Fortführung der inzwischen häufig kopierten Stahlstiftung Saarland bewährt.

Angesichts der hohen Arbeitsplatzopfer hat die Landesregierung aus sozialpolitischer Verantwortung und aus Solidarität mit den ehemaligen Beschäftigten der Saarstahl AG als freiwillige Leistung den größten Teil der betrieblichen Renten übernommen.

Den Auszubildenden der Saarstahl AG wurde die Fortführung ihrer Ausbildung garantiert. Die Gesellschaft für Beschäftigung und Qualifizierung, eine Tochter der Stahlstiftung, hat die Ausbildungsverhältnisse mit finanzieller Unterstützung des Landes übernommen, so daß kein Auszubildender entlassen werden mußte. Auch die Behindertenwerkstatt wurde von der Stahlstiftung übernommen.

Bei unserem Konzept zur Sicherung eines wettbewerbsfähigen Kern des Unternehmens sind wir vorangekommen. Mit der Übernahme der Saarstahl-Aktien durch das Land wurde eine wesentliche Voraussetzung für einen Zwangsvergleich geschaffen. Die Produktprogramme in den Bereichen Walzdraht, Profil-Stahl und Freiformschmiede sind auf ihre leistungsfähigsten Teile konzentriert.

Unterstützt durch eine positive Preisentwicklung hat die begonnene Umstrukturierung zu einem positiven Betriebsergebnis geführt. Im äußerst schwierigen Stahljahr 1993 konnte Saar-

stahl trotz Konkurs seine Rohstahlerzeugung bei 2,5 Mio Tonnen stabilisieren, auch der Umsatz blieb mit 1,8 Milliarden DM ungefähr auf Vorjahresniveau.

Mit Investitionen, wie sie die beispielsweise in Burbach für die neue Drahtstraße getätigt werden, wird Vorsorge getroffen, daß das Unternehmen auch zukünftig seine Marktposition behaupten kann.

Die langfristige Sicherung eines wettbewerbsfähigen Stahlstandortes Saarland kann jedoch nur gelingen, wenn die Bundesregierung und die Europäische Kommission für faire Rahmenbedingungen sorgen und ihre Möglichkeiten zur Krisenbewältigung nutzen. Der EU-Ministerrat muß endlich ein überzeugendes und faires Konzept zum Kapazitätsabbau vorlegen, das dann auch zügig und konsequent umgesetzt wird.

Dabei vertreten wir die Auffassung, daß Kapazitätsanpassungen in erster Linie von den Ländern zu erbringen sind, die über die größten Überkapazitäten verfügen. Erforderlich sind aber auch faire internationale Rahmenbedingungen, um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Stahlindustrie zu erhalten. EU-Kommission und Bundesregierung sind daher nicht erst seit heute aufgefordert, die Verhältnisse im Stahlaußenhandel zu ordnen und die europäische Stahlindustrie vor unfairen Handelspraktiken zu schützen.

Professionelle Flächenvorsorge unterstützt unsere Ansiedlungsoffensive

Bei aller Anstrengung für die Erhaltung eines lebensfähigen und wettbewerbsstarken Montankerns muß die Umstrukturierung mit vollem Tempo weitergehen. Dazu müssen auch neue Betriebe angesiedelt werden.

Dabei ist ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Angebot an Industrie- und Gewerbeflächen eine wichtige Voraussetzung für die Neuansiedlung bzw. Erweiterung wachstumsorientierter Betriebe. So begründen zahlreiche Investoren ihre Entscheidung für den Standort Saarland mit unseren extrem kurzen Genehmigungsverfahren und unserem umfassenden Gewerbeflächenangebot.

Durch eine systematische Förderung der Industrie- und Gewerbeflächenerschließung haben wir Sorge getragen, daß kein Engpaß an Gewerbeflächen im Saarland besteht. Insgesamt wurden im Zeitraum 1990 bis 1994 über 100 Mio DM für die gewerbliche Erschließung eingesetzt.

Darüber hinaus haben wir 1992 die Saarland Bau- und Boden Projektgesellschaft mbH (SBB) gegründet, die als zentrales Dienstleistungsunternehmen ein professionelles Flächenmanagement aus einer Hand und eine wesentliche Beschleunigung der Verfahren sicherstellt. Zahlreiche Gemeinden nehmen inzwischen ihre Hilfe in Anspruch.

Ein konkretes Nutzungs- und Vermarktungskonzept wird derzeit von der SBB für den Industriepark "John" in Saarwellingen, den Gewerbepark "An der Autobahn" in Kirkel, den Gewerbepark "Bexbach-Ost III", das Industriegebiet "Dornheck/Rundwies" in Dillingen, den Ökom-Park "Heide" bei Nohfelden und den Gewerbepark Eiweiler erstellt. Im Jahr 1996 werden etwa 150 ha neue Gewerbe- und Industrieflächen voll erschlossen und verfügbar sein.

In der nächsten Legislaturperiode werden wir insbesondere die gemeinsame Erschließung interessanter Flächenareale mit unseren lothringischen Nachbarn vorantreiben. Von diesem ehrgeizigen Modellprojekt "Europäische Entwicklungszone" versprechen wir uns insbesondere:

- eine Steigerung der Attraktivität des Gesamttraums durch die Verbindung der Vorteile beider nationaler Standorte;
- eine weitere Entfaltung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkte;
- eine ressourcen- und umweltschonende Gewerbeflächenpolitik durch die koordinierte Revitalisierung von Brachflächen;
- die Lösung zahlreicher Folgeprobleme wie z.B. abgestimmte Infrastruktur- und ÖPNV-Konzepte.

Innovationsschub durch Wirtschafts- und Technologieförderung

Im Rahmen der Investitionsförderung nach der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" haben wir im Zeitraum von 1990 bis Mai 1994 620 Unternehmen mit Investitionszuschüssen von rund 400 Mio DM unterstützt. Damit wurde die Voraussetzung für circa 9000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Um das Defizit an kleinen und mittleren Unternehmen auszugleichen, haben wir unsere Wirtschaftsförderungspolitik speziell auf den Mittelstand ausgerichtet. Denn vor allem die mittelständischen Unternehmen, das Handwerk und die Existenzgründer sind der dynamische Motor des Strukturwandels.

Trotz der angespannten Haushaltslage haben wir das Gesamtvolumen der Mittelstandsförderung von 125 Mio DM im Jahr 1989 auf 156 Mio DM im Jahr 1994 gesteigert und zahlreiche neue Akzente gesetzt.

Beispiele sind u.a. die Neustrukturierung des Existenzgründungsprogramms insbesondere mit der Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen, die Förderung des Saar-Lor-Lux-Umweltzentrums des Handwerks, die Vergabe

des Saarländischen Staatspreises Produktdesign und die stärkere Ausrichtung der Messe- und Ausstellungsförderung auf Technologiemesen (wie z.B. die CEBIT oder die ENTSORGA) und auf internationale Märkte.

Zur Stärkung der Wettbewerbskraft und des innovativen Potentials der Saarwirtschaft haben wir die Unterstützung von technologisch neuen Vorhaben und Projekten kleiner und mittlerer Unternehmen intensiviert.

Der seit Mitte der 80er Jahre erfolgte Ausbau der wirtschaftsnahen Forschungsinfrastruktur an und im Umfeld der Universität war dabei von außerordentlicher Bedeutung. Zusätzlich sorgen die mittlerweile zahlreichen Institutionen des Technologietransfers dafür, daß Forschungsergebnisse schnell und reibungslos den Weg in die betriebliche Praxis finden und dort in innovative Produkte und Verfahren umgesetzt werden können.

Diese Förderung des Technologietransfers flankieren wir durch direkte finanzielle Unterstützung von innovativen Vorhaben und Projekten kleiner und mittlerer Unternehmen.

Im einzelnen handelt es sich dabei um vor allem folgende Maßnahmen:

- Förderung der Entwicklung technologisch neuer Produkte und Verfahren, um das mit solchen Entwicklungsvorhaben häufig verbundene überdurchschnittlich hohe ökonomische Risiko zu mindern;
- Förderung von Durchführbarkeitsstudien, die sich mit Fragen und Problemen der Einführung von Innovationen unter technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten intensiv auseinandersetzen;

- Förderung der Einführung technologisch neuer Produkte und Verfahren, wodurch Produktionseinführungsmaßnahmen im innovativen Bereich für kleine und mittlere Unternehmen erleichtert werden sollen.

Die Technologieprogramme werden von den Unternehmen stark nachgefragt. Seit 1985 wurden ca. 150 Projekte mit Zuschüssen des Landes in Höhe von insgesamt 30 Mio DM gefördert. Im wesentlichen sind die Projekte den Bereichen Energietechnik, Lebensmitteltechnologie, Informations- und Kommunikationstechnik und Fahrzeugtechnik zuzuordnen.

Die in den vergangenen Jahren bereits sehr erfolgreich praktizierte Förderung des innovativen Potentials werden wir auch zukünftig fortsetzen und weiter intensivieren. Um eine noch engere Verzahnung zwischen Forschung und betrieblicher Praxis zu erreichen, streben wir an, neben den Technologie- und Gründerzentren in Saarbrücken (SITZ), Püttlingen, St. Ingbert, St. Wendel und Völklingen für bestimmte technologische Bereiche noch weitere eigenständige Gewerbe- und Technologieparks einzurichten. Sie sollen kleinen und mittleren Unternehmen und Existenzgründern Räumlichkeiten und Serviceleistungen für die Entwicklung innovativer Produkte und Verfahren zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus planen wir die Einrichtung eines Science-Parks in unmittelbarer Nähe der Universität. Die sich im Ausbau der technischen Fakultät und den selbständigen Forschungseinrichtungen ergebenden Chancen können so noch stärker industriell und kommerziell genutzt werden. Im übrigen ermöglicht die räumliche Nähe zwischen den Forschungseinrichtungen und den mittelständischen Unternehmen in dem geplanten Wissenschaftspark einen intensiven Austausch und die Nutzung von Labor- und Werkstatteinrichtungen.

Standortvorteile der europäischen Zentrallage
durch Verkehrspolitik nutzen

Aufgrund unserer zentralen geographischen Lage im Herzen Europas verfügt das Saarland über große Chancen, sich die Absatz- und Beschaffungsmärkte im zusammenwachsenden EG-Binnenmarkt zu erschließen. Unabdingbar war daher für uns, eine schnelle und sichere verkehrsmäßige Anbindung zu erreichen.

Der Deutsch-Französische Gipfel vom Mai 1992 in La Rochelle bedeutete einen großen Schritt nach vorn für die Einbindung des Saarlandes in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz.

Das Land hat - in Zusammenarbeit mit Lothringen, Luxemburg sowie den benachbarten Ländern Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg - beim Bund und der EG-Kommission darauf gedrängt, daß die Maßnahme eine hohe Priorität erhält und umgehend realisiert wird. Die Schnellbahnverbindung von Paris über Saarbrücken nach Mannheim ist im Bundesverkehrswegeplan 1992 sowie im Schienenwegeausbaugesetz im vordringlichen Bedarf enthalten.

Die Strecke ist zudem in die 10 wichtigsten EU-Verkehrsprojekte aufgenommen worden, bei denen die EU eine Mitfinanzierung zugesagt hat. Die Planfeststellungsverfahren für die einzelnen Ausbauabschnitte beginnen Ende 1994, so daß bereits 1995 mit den Bauarbeiten begonnen werden könnte.

Bis zum Jahr 2000 soll die Schienenschnellverbindung sowohl auf französischer als auch auf deutscher Seite fertiggestellt sein, so daß die Hochgeschwindigkeitsverbindung von Paris über Saarbrücken nach Berlin einen nicht zu unterschätzenden Standortvorteil für die Region bereits in naher Zukunft bringen wird.

Nachdem inzwischen der Staatsvertrag zur Errichtung der Moselbrücke zum Lückenschluß der A8 abgeschlossen ist, steht auch der vollständigen Anbindung des Saarlandes an die europäischen Wirtschaftszentren über das Fernstraßennetz noch in diesem Jahrtausend nichts mehr im Wege.

Von erheblicher Bedeutung für die fernräumige Erreichbarkeit unserer Region bleibt der Flughafen Saarbrücken, der eine rasche und reibungslose Verbindung zu wichtigen deutschen und europäischen Wirtschaftszentren gewährleistet.

Heute verfügt der Flughafen über Tagesrandverbindungen nach Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig, München und Düsseldorf. Durch die enge Kooperation mit dem Flughafen Luxemburg ist es gelungen, Verbindungen nach London, Paris, Kopenhagen, Madrid, Rom und Mailand anzubieten. Beim Charterverkehr entscheiden sich immer mehr Menschen für die 15 Urlaubsziele, die von Saarbrücken angefliegen werden.

Neben dem Ausbau eines attraktiven Fluglinienangebotes haben wir in der Vergangenheit erhebliche Anstrengungen unternommen, die Infrastruktur des Flughafens zu verbessern. Im vergangenen Jahr haben wir ein Flughafenausbaukonzept beschlossen, das zum einen darauf abzielt, Raum zu schaffen für die Ansiedlung flughafennaher Betriebe und damit für die Schaffung hochwertiger qualifizierter Arbeitsplätze. Zum anderen werden wir die Serviceleistungen am Flughafen nachhaltig verbessern. Bis 1996 sind öffentliche Investitionen von jährlich 8,5 Mio DM vorgesehen. Start- und Landebahn wurden erneuert und sicherer gemacht.

Desweiteren werden intensive Anstrengungen unternommen, z. B. durch den Bau einer Lärm-schutzbox oder durch günstigere Gebühren für lärmarme Flugzeuge die Belästigung der Anra-nergemeinden durch Fluglärm so gering wie mög-lich zu halten.

Vorrang für Beschäftigung und Qualifizierung

Die große Sorge unserer Zeit heißt Arbeitslo-sigkeit. Eine zunehmende Zahl von Mitbürgern und Mitbürgerinnen ist davon betroffen.

Mitte des Jahres 1994 waren in der Bundesrep-ublik Deutschland mehr als 3,7 Millionen Men-schen als Arbeitslose registriert. Auch im Saarland ist die Zahl der Arbeitslosen auf über 52.000 Personen angestiegen. Für uns Sozialdemokraten ist Arbeitslosigkeit nicht Schicksal, sondern ein Versagen von gesamtstaatlicher Politik und Wirtschaft.

Wir hier an der Saar haben besonders unter den gegenwärtig schlechten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu leiden, die die Bonner Koalition gesetzt hat, vor allem unter einer gänzlich verfehlten sektoralen Struk-turpolitik, die Branchen wie Kohle und Stahl ungerührt zur Disposition stellt. Parallel dazu hat sich die Bundesregierung ausgerechnet in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit fast voll-ständig aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückgezogen.

Für uns Sozialdemokraten steht fest: Alle Men-schen haben ein Recht auf einen sicheren und wirtschaftlich auskömmlichen Arbeitsplatz. Das Recht auf Arbeit ist ein Grundrecht, an dessen Verwirklichung alle Politik ihren Maßstab hat. Der widersinnigen Politik der Bundesregierung setzen wir hier an der Saar unsere Offensive für mehr Beschäftigung entgegen.

Zahlreiche Politikfelder wirken dabei zusammen. Unsere regionale Wirtschaftsförderungs- und Forschungspolitik, die durch eine Aufwertung des Standortes ein innovatives Klima für Neuansiedlungen, Existenzgründungen und Erweiterungen ansässiger Betriebe geschaffen hat, leisten im Ländervergleich, wie Investoren dies bestätigen, gute Arbeit.

Dazu gehört auch unsere Politik, bruchartige Entwicklungen im Strukturwandel zu verhindern. Nicht nur im Stahlbereich, sondern bei Unternehmen aller Branchen, die durch die bundesweite Rezession in die Krise geraten sind, haben wir alle Anstrengungen unternommen, wettbewerbsfähige Produktionsstätten zu erhalten und möglichst viele der bestehenden Arbeitsplätze zu sichern. Hier greift ein flexibles Krisenmanagement, bestehend vor allem aus arbeitsplatzsichernden Investitions- und Zinszuschüssen, Bürgschaften und Beteiligungen sowie einer intensiven Beratung. So haben wir allein durch Fördermaßnahmen im Rahmen der Regionalförderung seit 1985 rund 20.000 Arbeitsplätze gesichert.

Eine wesentliche Hilfe für Arbeitnehmer, die aufgrund struktureller Probleme vom Arbeitsplatzabbau bedroht oder gar betroffen sind, ist die Qualifizierung. Eine gut ausgebildete Arbeitnehmerschaft wird auch zunehmend zu einem immer bedeutenderen Faktor im Ansiedlungswettbewerb der Standorte.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten deutlich ausgeweitet. Dies gilt für die Verbesserung der Infrastruktur, wie die Förderung der Projekte Festo-Lernzentrum in St. Ingbert-Rohrbach mit rund 5,3 Mio DM und Bildungszentrum des Berufsfortbildungswerkes des DGB in Saarlouis mit rund 2,6 Mio DM zeigen.

Dies gilt auch für das Angebot an Qualifizierungsmaßnahmen. Mit der Auflage von Landesprogrammen wie dem "Lernziel Zukunft" haben wir schlagkräftige Instrumente zur präventiven Arbeitsmarktpolitik geschaffen.

Im Angebot sind zahlreiche Qualifizierungsmaßnahmen, die für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte ebenso attraktiv sind wie für ungelernte Arbeitnehmer und Frauen, die in den Beruf zurückkehren wollen. Nach seinen Bestimmungen werden Bildungsbeihilfen an der Maßnahmeteilnehmer gewährt, Kinderbetreuungskosten übernommen oder auch Beihilfen für Auslandsaufenthalte gezahlt. In hohem Maße werden auch Zuschüsse zu den Lehrgangskosten bewilligt.

Da der heute im Saar-Lor-Lux-Raum bereits existierende grenzüberschreitende Arbeitsmarkt besondere Anforderungen an die Kenntnisse der Arbeitnehmer in den Bereichen Sprache, Standards und Rechts- und Verwaltungsvorschriften ihres jeweiligen Partnerlandes stellt, fördern wir zahlreiche Austausche in der beruflichen Bildung. Dazu haben wir das "Saarländisch-lothringische Büro für den Austausch in der beruflichen Bildung" gegründet. Es organisiert die Austauschmaßnahmen zwischen saarländischen und lothringischen Teilnehmern von Weiterbildungsmaßnahmen.

Die Grenzlage des Saarlandes und der Abbau nationaler Grenzen im Zuge der fortschreitenden EU-Harmonisierung zwingen geradezu, den Bereich der grenzüberschreitenden Weiterbildung in der kommenden Legislaturperiode noch zu verstärken, u.a. auch durch die Schaffung fester Einrichtungen. Das Europäische Bildungszentrum in Otzenhausen ist hier als wichtige Tagungsstätte von herausragender Bedeutung.

Zur Begleitung unserer Ansiedlungsoffensive werden wir darüberhinaus für die nächste Legislaturperiode einen Schwerpunkt bei der Qua-

lifizierung von Mitarbeitern für neuangesiedelte bzw. neugegründete Betriebe setzen, die sich besonders an den Bedürfnissen dieser Unternehmen orientiert.

Um den Strukturwandel offensiv zu begleiten, haben wir das Programm "Lernziel Produktivität" entwickelt. Mit der Weiterbildungsmesse "Grenzenlose Weiterbildung" im November dieses Jahres, zeigen wir die Breite und Leistungsfähigkeit des Weiterbildungsangebotes an der Saar.

Die Qualifizierung ist auch ein wichtiger Bestandteil unserer arbeitsmarktpolitischen Programme. Trotz drastischer Kürzungen von seiten des Bundes haben wir unseren Arbeitsmarkthaushalt von 6,8 Mio DM 1985 auf fast 40 Mio DM im Jahr 1993 gesteigert und so zu einer großen Entlastung für den saarländischen Arbeitsmarkt beigetragen: allein durch die arbeitsmarktpolitischen Programme wurden 1993 über 5.300 Personen vor Arbeitslosigkeit bewahrt.

Mit Hilfe der in diesem Jahr ins Leben gerufenen "SaarAktion - Zusammen für Beschäftigung und Qualifizierung" wollen wir gemeinsam mit Landkreisen, Städten und Gemeinden, Sozialpartnern, Kammern und Projektträgern dieses Engagement zukünftig noch steigern.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben jedoch gezeigt, daß selbst bei einer durchgreifenden konjunkturellen Erholung der Sockel an Arbeitslosigkeit immer höher wird. Wir Sozialdemokraten setzen daher auf eine gerechtere Verteilung der Arbeit.

Mit einer breitangelegten Teilzeitinitiative wollen wir in unserem eigenen Verantwortungsbereich eine Vorbildfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen. Innerhalb der kommenden 3 Jahre sollen im Landesdienst 300 Vollzeit Arbeitsplätze in familienfreundliche und existenzsichernde Teilzeitstellen umge-

wandelt werden und das freiwerdende Arbeitszeitvolumen für zusätzliche Beschäftigung genutzt werden. Und wir werben dafür, daß Privatwirtschaft und Verbände unserem Beispiel folgen.

Wirksamer Verbraucherschutz

Die Verbraucherpolitik muß den ihr in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft gebührenden Stellenwert haben.

Verbraucherinnen und Verbraucher sind ein wichtiger Teil der Marktwirtschaft und brauchen eine wirksame Interessenvertretung. Hierzu ist es notwendig, daß die Arbeit der Verbraucherzentrale durch eine ausreichende Finanzierung gesichert bleibt.

Die Verbraucherzentrale hat sich als unabhängige und sachkundige Organisation zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Überworteilung und Fehlinformation verdient gemacht und als unverzichtbar erwiesen.

Die saarländische Landesregierung hat der Arbeit der Verbraucherzentrale in den letzten Jahren auch durch die ständige Erhöhung der Zuschüsse Rechnung getragen.

Die anhaltenden Kürzungsdiskussionen auf Bundesebene unterstreichen die Forderung der SPD nach einer finanziellen Absicherung der Verbraucherberatung. Hierzu muß ein Verbraucherschutzgesetz verabschiedet werden, das bundeseinheitlich

- Ziele und Aufgaben einer staatlichen Verbraucherpolitik definiert,
- Rahmenbedingungen für die Verbraucherorganisationen formuliert und die Finanzierung regelt.

Für den Erhalt der Verbraucherzentrale des Saarlandes sind Bund, Land und Arbeitskammer gefordert, Lösungen anzubieten.

III. Die Grenzen überwinden: Wirtschafts- und Kulturraum Saar-Lor-Lux

Es wächst zusammen, was zusammen gehört

Wie in kaum einer anderen europäischen Großregion haben die Menschen im Raum zwischen Saar, Mosel und Maas durch die Entstehung nationaler Grenzen gelitten. Die Entwicklung von Industrie und Handel in einem an sich geschlossenen Wirtschaftsraum wurde durch die deutsch-französische Konfrontation, durch ständige militärische Konflikte und häufige Grenzveränderungen in deren Gefolge systematisch behindert.

In keiner anderer europäischen Region hat in den letzten 200 Jahren so häufig die politisch-wirtschaftliche Zugehörigkeit gewechselt: Von den insgesamt 8 politisch-territorialen Veränderungen größeren Ausmaßes haben 6 das Saarland und 2 Lothringen betroffen.

Dabei war unsere Region stark, solange sie eine wirtschaftliche Einheit bilden konnte. Eine einzige Vergleichszahl zeigt dies auf eindrucksvolle Weise: 1913 betrug die Jahresstahlproduktion aller Hütten im Saar-Lor-Lux-Raum 12,1 Mio t, während das gesamte Deutsche Reich (ohne die Saar) 12,9 Mio t produzierte. Lothringische Wissenschaftler haben daraus den Schluß gezogen, daß in Saar-Lor-Lux ohne Teilung durch nationale Grenzen wohl ein ähnlich verdichteter Wirtschaftsraum entstanden wäre wie an Rhein und Ruhr. Die Grenzen und die auf nationaler Ebene erstellten Statistiken verdeckten die Existenz einer großen, reichen Industrieregion.

Heute gibt uns die Europäische Einigung und insbesondere die Vollendung des Binnenmarktes die Chance, den aus historisch-politischen Gründen getrennten einheitlichen Wirtschafts- und Kulturraum Saar-Lor-Lux zu einer europäischen Musterregion werden zu lassen.

Konkrete Zusammenarbeit

Der regionale Integrationsprozeß ist für alle Partner in Saar-Lor-Lux auch deswegen von zentraler Bedeutung, weil wir nur so in ganz Europa glaubwürdig unsere europäische Kompetenz, unsere "Eurofitness", unter Beweis stellen können.

Das Geflecht grenzüberschreitender Kooperationen ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Es gibt eine ganze Reihe interregionaler Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, der Kultur, der Umwelt, des Arbeitsmarktes, der Infrastruktur und im sozialen Bereich.

Hervorzuheben sind insbesondere die gemeinsamen Arbeiten zum EG-Programm INTERREG I. Mit diesem Programm verfügen wir erstmals über einen ganzen Katalog gemeinsam beschlossener und finanzierter Maßnahmen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Infrastruktur. Zwischen 1991 und 1994 wurden mehr als 40 Einzelprojekte realisiert bzw. vorbereitet. Dabei geht es z.B. um

- ein gemeinsames Standortmarketing in Saar-Lor-Lux,
- Maßnahmen zur Absatz- und Exportförderung für kleine und mittlere Unternehmen unserer Region,
- die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (etwa einander ergänzende Güterverkehrszentren in Saarbrücken und in St. Avold),
- die Förderung des gemeinsamen kulturellen Erbes (etwa Schaffung eines Zentrums für Glas- und Kristallkunst in Meisenthal)
- den Ausbau der Weiterbildung.

Weil Weiterbildung für unsere gesamte Wirtschaftsregion zu einer entscheidenden Produktivkraft wird, wollen wir noch in diesem Jahr in Saarbrücken die Weiterbildungsmesse "Grenzenlose Weiterbildung - Infomarkt Saar-Lor-Lux" veranstalten.

Inzwischen ist auch die Kooperation auf der kommunalen Ebene vorangekommen. Der Euro-distrikt Metz-Saarbrücken ist ein Projekt, das die Synergieeffekte des dichtbesiedelten Raumes beiderseits der Grenze entwickeln soll. Weitere gemeinsame kommunale Projekte werden folgen.

Bei der Zusammenarbeit waren und sind nach wie vor zahlreiche rechtliche und organisatorische Probleme zu überwinden. Aber jede gemeinsam entwickelte Lösung bringt uns weiter. Das Jahr 1992 hat entscheidende Fortschritte zur Verbesserung der rechtlichen Voraussetzungen für die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg gebracht: Auf Vorschlag des Saarlandes ist eine Ergänzung des Grundgesetzes erreicht worden. Damit wird die Bildung grenznachbarschaftlicher Einrichtungen ermöglicht.

Die Landesregierung hat desweiteren zusammen mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den Entwurf für ein völkerrechtliches Abkommen für die Zusammenarbeit an der deutsch-französischen Grenze vorbereitet. Dieses Abkommen wird insbesondere den Kommunen neue, dringend benötigte Rechtsinstrumente für die Kooperation zur Verfügung stellen. Wir drängen den Bund, diese Initiative zu unterstützen.

Europäische Kompetenz

Europäische Kompetenz beginnt mit dem Spracherwerb. Wir haben dafür gesorgt, daß unsere Bildungseinrichtungen die jungen Menschen auf das zusammenwachsende Europa besser vorbereiten können. Wir haben das Fremdsprachenangebot an den Gymnasien erweitert und den bilingualen Unterricht ausgeweitet. Mit unseren

lothringischen Partnern haben wir vereinbart, zunächst einmal in den Grenzgemeinden Groß- und Kleinrosseln sowie Groß- und Kleinblittersdorf an der Sekundarschule bzw. dem Collège die Zweisprachigkeit besonders zu fördern.

Europäische Kompetenz verlangt aber mehr als nur Sprachkenntnisse: Sie erfordert Kenntnisse der Mentalität, der sozialen Mechanismen und der Empfindsamkeiten unserer Nachbarn. Im Saarland und in Lothringen wird in europäischer Kompetenz ausgebildet:

- Saarbrücken ist die einzige deutsche Universität, an der französisches Recht studiert werden kann.
- Das Deutsch-Französische Hochschulinstitut für Technik und Wirtschaft in Metz, Saarbrücken und Nancy vermittelt in 6 Studiengängen eine Doppelqualifizierung mit je einem deutschen und einem französischen Abschluß - eine einzigartige Einrichtung in Europa. Weitere integrierte Studiengänge mit mehrfacher Diplomierung sind in der Großregion in Vorbereitung. Sie betreffen die Neuen Materialien und den Maschinenbau.
- Die Universität Saarbrücken verfügt mit dem Europainstitut über ein weiteres High-Light in der Vermittlung europäischer Kompetenz.
- In Saarbrücken befindet sich eines der nur zwei deutsch-französischen Gymnasien in der gesamten Bundesrepublik.

Unsere Schulen und Hochschulen bieten also beste Qualifikationsmöglichkeiten für den europäischen Arbeitsmarkt. Im übrigen hat Europa im Saarland seit 1992 Verfassungsrang. Auch das ist eine Premiere in Deutschland.

Perspektiven

Wir haben erreicht, daß in einem Staatsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland der TGV von Paris nach Frankfurt über Forbach/Saarbrücken führen wird. Damit werden wir den Anschluß an die großen Wirtschaftszentren in Europa haben - ein Standortvorteil für unsere künftige Euro-Region von unschätzbarem Wert.

Nach den Erfahrungen durch INTERREG I wollen wir mit der gerade angelaufenen Gemeinschaftsinitiative INTERREG II die projektbezogene Zusammenarbeit in Saar-Lor-Lux auf eine neue Stufe heben. Wir sind daran interessiert, vor allem solche Projekte zu realisieren, die von erheblicher investiver Bedeutung sind und eine nachhaltige Aufwertung des europäischen Charakters unseres gemeinsamen Standortes bewirken. Auch die weitere Sanierung der Rossel steht auf der Tagesordnung.

Völliges Neuland wollen wir mit dem Projekt "Eurozone" betreten. Die Eurozone kann ein Schlüsselprojekt der kommenden Jahre werden. Die Idee ist, an der saarländisch-lothringischen Grenze im Großraum Saarbrücken/Moselle-Est eine gemeinsame Politik zur Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen zu entwickeln. Damit können wir einen wichtigen Standortvorteil in Europa gewinnen.

Eine umfassende gemeinsame Strategie zur Entwicklung von Industrie- und Gewerbeflächen hat enorme Auswirkungen auf zahlreiche andere Bereiche. Sie erlaubt eine ökologisch ausgewogene Flächennutzung beiderseits der Grenze. Sie wird mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer gemeinsamen Planung des öffentlichen Nahverkehrs führen und zu einer engeren Abstimmung von Infrastrukturmaßnahmen im grenznahen Bereich insgesamt. Auf französischer Seite können insbesondere erhebliche Flächenpo-

tentiale genutzt werden. Auf saarländischer Seite können hochwertige Dienstleistungen mit Hilfe der französischen Potentiale stärker entfaltet werden.

Das kulturelle Profil wird stärker

Von besonderer Bedeutung für das Selbstverständnis der saarländischen Bürgerinnen und Bürger waren und sind die interregionalen Kontakte zu unseren Nachbarn in Lothringen, Luxemburg und in der Pfalz. "Saar-Lor-Lux" hat sich auch im kulturellen Bereich zu einem Markenzeichen entwickelt und muß auch im Hinblick auf die Einheit Europas weiter forciert werden. Die Identität der Kernregion im Herzen Europas kann sich nirgends besser als im Kulturbereich widerspiegeln.

Für die sozialdemokratische Politik im Saarland bedeutet dies aber auch die Notwendigkeit, den kulturellen Interessen der Region im Rahmen der Europapolitik des Landes zu einem angemessenen Gewicht zu verhelfen. Dies ist umso wichtiger, als die CDU-geführte Bundesregierung in der Vergangenheit wenig Neigung gezeigt hat, die Interessen der Länder gegenüber Brüssel in hinreichendem Umfang zu vertreten. Das Land muß daher eigene Initiative entwickeln und weiterhin die ihm verbliebenen Gestaltungsmöglichkeiten konsequent nutzen und ausbauen.

Eine Vielzahl der großen Projekte des Kulturlandes Saar sind grenzüberschreitend. Künstler der verschiedenen Regionen arbeiten längst an gemeinsamen Projekten. Ein gutes Beispiel ist die Gründung des Saar-Lor-Lux-Hochschulorchesters mit Orchestermitgliedern der Konservatorien in Metz und Luxemburg sowie der Hochschule für Musik und Theater des Saarlandes.

Veranstaltungen werden grenzüberschreitend geplant und werden über die Datenbank der "Stiftung für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit" saar-lor-lux-weit geführt. Eine sich gegenseitig stützende Öffentlichkeitsarbeit und Durchführung kultureller Großprojekte wie der Metzzer Ausstellung "Gold der Götter - Gold der Anden" oder bei den "Musikfestspielen Saar 1995" soll zu einer intensiven Besucherwerbung im jeweils anderen Land führen, läßt interregionale Großereignisse entstehen, stärkt das kulturelle Profil und läßt die Gesamtregion zusammenwachsen.

Prominentestes und in seiner Konstruktion zukunftsweisendes Beispiel deutsch-französischer kultureller Zusammenarbeit ist der Kulturpark Bliesbrück-Reinheim. Das überregional bekannte archäologische Ausgrabungsprojekt steht mittlerweile für eine institutionalisierte Zusammenarbeit regionaler staatlicher und kommunaler Träger.

Es hat Modellcharakter für kommende Kooperationen aus allen Bereichen und mit unterschiedlichster Beteiligung. Entsprechendes gilt für die grenzüberschreitende Kooperation der Hochschule der Bildenden Künste-Saar im Bereich "Glaskunst" mit französischen Partnern.

In der Zukunft wird es wichtig sein, gemeinsam mit unseren Nachbarn ein Konzept für den Kulturtourismus zu entwickeln. Wir wollen gemeinsam mit den kommunalen Kultur- und Tourismusbeauftragten und ihren Kollegen in Lothringen und Luxemburg Programme auflegen, die etwa die Denkmäler der Industriegeschichte, Sehenswürdigkeiten wie den Europäischen Kulturpark Bliesbrück-Reinheim und kulturelle Highlights zu attraktiven Arrangements der Großregion verbinden.

Die SPD Saar sieht in der Verwirklichung solcher Modelle einen wichtigen praktischen Beitrag zu einem geeinten Europa, das nicht die regionale Identität seiner Mitglieder negiert, sondern das der Wahrung der gesellschaftlichen und kulturellen Eigenheiten seiner Teile hohe Bedeutung beimißt.

IV. **Forschung und Entwicklung: Der Sprung nach vorn**

Der erfolgreiche Wandel des Saarlandes von einem Land mit schwerindustriellem Charakter zu einer Region mit zukunftsicherem und hochentwickeltem innovativen Potential gehört zu den zentralen Herausforderungen zur Jahrtausendwende.

Ein hoher Leistungsstand auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung stellt die Basis dar, ohne die wir diese Aufgabe nicht bewältigen können. Das Saarland muß seine Leistungskraft als Industriestandort durch konsequente Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Technologie und vor allem durch Umsetzung dieses Know-how in die Anwendung erhalten und neu ausrichten.

Forschungspolitik ist langfristig dann erfolgreich, wenn es gelingt, die Ergebnisse der Forschung im eigenen Land umzusetzen. Investitionen in die Forschung zahlen sich für uns alle aus, wenn produktive und auf Dauer sichere Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Die Forschungs- und Entwicklungspolitik der Landesregierung muß daher eingebunden sein in ein komplexes Konzept aktiver Arbeitsmarktpolitik. Zu ihrem Umfeld gehören eine abgestimmte Ansiedlungspolitik ebenso wie etwa gezielte Anstrengungen in der Bildungspolitik, um den hohen Qualifikationsstandard der Saarländerinnen und Saarländer zu erhalten.

Die Eckpunkte unseres Konzepts

Die Analyse einer 1987 eingesetzten Sachverständigenkommission war Ausgangspunkt einer umfassenden forschungspolitischen Konzeption der Landesregierung, deren Umsetzung mittlerweile deutlich sichtbar geworden ist. Die Aufbauleistung spiegelt sich eindrucksvoll in den Zahlen:

- Die laufenden Mittel des Landes für die Universität wurden zwischen 1985 bis 1994 von 165,3 auf 251,1 Mio DM gesteigert.
- Im selben Zeitraum sind die laufenden Mittel für außeruniversitäre Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen von rund 0,6 Mio DM im Jahr 1985 auf 16,2 Mio DM im Jahr 1994 gestiegen, die laufenden Mittel für außeruniversitäre Forschungsförderung regional und überregional insgesamt stiegen von 15,5 Mio DM in 1985 auf 39,7 Mio DM in 1994.
- Ebenfalls erheblich aufgestockt wurden die Ausgaben für Investitionen für die Hochschulen, das Klinikum und die selbständigen Forschungseinrichtungen. Während die Mittel für Investitionen im Zeitraum von 1980 bis 1984 durchschnittlich bei 18,8 Mio DM pro Jahr lagen, betragen sie im Zeitraum von 1985 bis 1989 durchschnittlich 76,4 Mio DM und im Zeitraum von 1990 bis 1992 durchschnittlich 100 Mio DM. Auch 1993 und 1994 blieben die Mittelansätze auf hohem Niveau.

Dabei sind wir folgendem Konzept gefolgt:

- Die Forschungs- und Technologiepolitik des Landes muß sich an sogenannten "Schlüsseltechnologien" orientieren, die für die zukünftige wirtschaftliche und technologische Entwicklung insgesamt von entscheidender Bedeutung sind.
- Spezifische Gegebenheiten im Saarland sind zu berücksichtigen. Das Saarland hat trotz seiner angesichts der Montanlasten ungünstigen wirtschaftlichen Ausgangsposition gute Entwicklungschancen, wenn es gelingt, Nischen zu besetzen und den unbestreitbaren Vorteil der kurzen Wege zu nutzen.
- Die Forschungs- und Entwicklungspolitik im Saarland muß anwendungsorientiert sein. Forschung, Entwicklung und Wirtschaft müssen

bereits konzeptionell eng verzahnt sein. Wissens- und Technologietransfer hat Priorität.

- Sozial- und Umweltverträglichkeit geförderter Forschungs- und Technologiefelder muß gewährleistet sein.
- Der Technologietransfer muß begleitet werden von gezielten Fördermaßnahmen, die kleine und mittlere saarländische Unternehmen in die Lage versetzen, in innovative Produkte zu investieren.

Die Hochschulen als Basis von Forschung und Entwicklung

Basis konkurrenzfähiger Forschungspolitik sind die Hochschulen des Landes. Unser Augenmerk galt daher zunächst diesem Bereich, der Grundstein für die anwendungsorientierte Wissenschaftspolitik im Saarland ist.

Folgerichtig haben wir 1990 eine Technische Fakultät an der Universität des Saarlandes mit den Fachbereichen Elektrotechnik, Informatik, Werkstoffwissenschaften und Fertigungstechnik eingerichtet. Entsprechend den konzeptionellen Vorgaben anwendungsorientierter Forschung sind diese Bereiche eng mit der produzierenden Wirtschaft verzahnt.

Ein Beispiel: Mit einem Investitionsvolumen von 25 Mio DM wird 1996 das Zentrum für innovative Produktion der Universität des Saarlandes fertiggestellt. Signifikant ist sein wirtschaftsnaher Standort im Saarbrücker Innovations- und Technologiezentrum SITZ.

Dies verdeutlicht, daß unsere politische Konzeption der Verzahnung von Forschung und Wirtschaft konsequent umgesetzt wird und den kleineren und mittleren Unternehmen durch Zusammenarbeit, Durchführung gemeinsamer Projekte und Personaltransfer neue Chancen eröffnet werden, innovative Potentiale aufzubauen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die starke Öffnung der Universität gegenüber zukunftsorientierten und anwendungsbezogenen Forschungs- und Entwicklungsfeldern wird deutlich an den Schwerpunkten der Fakultät. Neben der Arbeit im Bereich Informatik/Künstliche Intelligenz mit zahlreichen praxisrelevanten Projekten liegen Schwerpunkte im Bereich Neue Materialien und computergestützter Produktionstechniken.

Entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der mit der Universität verabredeten Universitätsentwicklungsplanung wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, die Technische Fakultät und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät zu stärken, im übrigen den Weg der Konzentration der Universität auf für die Landesentwicklung wichtige Bereiche auf der Grundlage der verabredeten Entwicklungsplanung fortzusetzen.

Dies geschieht auch im Interesse der Studierenden, denen damit attraktive und zukunftsweisende Studien- und Forschungsmöglichkeiten geboten werden.

Parallel zum Ausbau der Technischen Fakultät der Universität erfolgten strukturelle Veränderungen an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW). Auch diese Maßnahmen dienen primär der Stärkung anwendungsbezogener Forschung und einer auf moderne Technologien ausgerichteten Ausbildung.

Hier gilt ebenso wie an der Universität das Ziel enger Verknüpfung von Forschung und Anwendung in der Wirtschaft. In Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der Region wurden die Voraussetzungen für eine moderne technologische Ausbildung geschaffen und die Möglichkeiten angewandter Forschung nachhaltig verbessert.

Räumliche und personelle Ausbaumaßnahmen erfolgten beispielsweise in den Fächern Elektrotechnik, Energietechnik und Produktionswirtschaft. Zugleich wurden die Forschungsmöglichkeiten der HTW nachhaltig erweitert.

Die Arbeitsfelder der HTW sind kompatibel mit denen der Universität. Auch hier finden sich Schwerpunkte im Bereich Informatik und Produktion. Der Erfolg des Ausbaus dieser Hochschule zeigt sich - beispielhaft - in der Gründung des Instituts für Produktion und Logistiksysteme GmbH, die in Kooperation mit privaten Investoren und Unterstützung der Europäischen Union erfolgte.

Mittelfristig soll nach unseren Vorstellungen, die in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Hochschulpolitik aus dem Jahre 1993 stehen, eine Verschiebung des Verhältnisses von Hochschul- zu Fachhochschulstudienplätzen von derzeit 85/15 auf 70/30 erreicht werden.

Ausgehend von dieser Entwicklung müssen in der nächsten Legislaturperiode die Rahmenbedingungen auch der Lehre innerhalb der Hochschulen an die gestiegenen Anforderungen des europäischen Wirtschaftsraums und Arbeitsmarktes angepaßt werden. Die Studien- und Qualifizierungsangebote (Aufbau- und Weiterbildungsangebote) müssen die Absolventen in die Lage versetzen, mit den Anforderungen des überregionalen und internationalen Wettbewerbs Schritt zu halten.

Die erfolgreiche Ansiedlung von Forschungsinstituten

Die Verbindung von Wissenschaft und Praxis wurde an den Hochschulen entsprechend dem Konzept der Landesregierung für den Bereich Forschung und Entwicklung umgesetzt. Die Hochschulen wurden mit bestehenden und vor allem mit neuen außeruniversitären Forschungsin-

stituten personell, funktional und organisatorisch eng verzahnt. Die gemeinsame Berufung von Professoren der Universität und leitenden Wissenschaftlern der Forschungseinrichtungen sowie die gegenseitige Nutzung der Infrastruktur der Forschungseinrichtungen stellen die Verknüpfung dauerhaft sicher und gewährleisten größtmögliche Synergieeffekte.

Zur interdisziplinären Erweiterung der Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte wurden angrenzende Arbeitsgebiete der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften durch neu eingerichtete Professuren für Rechtsinformatik, Medizinische Informatik, Medizintechnik und Computerlinguistik erschlossen und weiterentwickelt.

Bei Amtsantritt der gegenwärtigen Landesregierung 1985 gab es gerade 1 selbständige Forschungseinrichtung. Heute sind es 11. Im Schnitt haben wir also pro Jahr ein weiteres Institut hinzufügen können. Das ist ein gewaltiger Sprung nach vorn zur Zukunftssicherung unseres Landes!

Beispielhaft für unser Konzept ist das Institut für Neue Materialien (INM). Es basiert auf der traditionell im Saarland vorhandenen werkstoffverarbeitenden Industrie und steht für die Umsetzung dieser Tradition in hochentwickelte Technologie. Seine Arbeit ist eng verzahnt mit der Universität einerseits und den Anwendern andererseits. Sie reicht von der Grundlagenforschung über Angewandte Forschung im Verbund mit der Industrie bis hin zur produktionsreifen Entwicklung neuer Materialien und Werkstoffe.

Das Institut hat eine führende Rolle in Europa. Der Wissenschaftsrat betont, daß sich das Konzept des INM durch seine konsequente Verknüpfung von breit angelegter Grundlagenforschung, Weiterentwicklung und Umsetzung in die industrielle Anwendung auszeichnet und

Vorbildcharakter hat für die Organisation interdisziplinären Arbeitens.

1994 wurde ergänzend die "Gesellschaft für Neue Materialien Technologie" (NMT) zur Vermarktung fertigungsreifer Produkte gegründet - ein weiterer Beweis für die Stimmigkeit unseres Konzeptes.

Gleichermaßen erfolgreich gelang in der letzten Legislaturperiode die Einbindung weiterer zukunftssträchtiger Forschungsbereiche:

- Das Fraunhofer Institut für Biomedizinische Technik (IBMT) in St. Ingbert beschäftigt 112 hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- Das Max-Planck-Institut für Informatik und seine mehr als 200 Beschäftigten gelten als führend im Bereich der Grundlagenforschung der Informatik.
- Das junge "Internationale Begegnungs- und Forschungszentrum für Informatik Schloß Dagstuhl GmbH" (IBFI) gilt bereits jetzt als herausragende Stätte des weltweiten wissenschaftlichen Austausches unter Informatikern.
- Das Institut für umweltkompatible Prozeßtechnik (UPT) wird gemeinsam mit den neu entwickelten umweltwissenschaftlichen Arbeitsbereichen der Universität des Saarlandes den Kern eines umwelttechnologisch orientierten Forschungs- und Entwicklungsschwerpunktes im Saarland bilden.

Damit hat die Entwicklung des Landes in den letzten 10 Jahren eine außerordentliche Dynamik erfahren.

Die von Beginn an beabsichtigte und konsequent umgesetzte Verbindung anwendungsorientierter wissenschaftlicher Forschung mit wirtschaftlicher Umsetzung der Ergebnisse hat sich bereits bewährt.

So sind auf diese Weise im Saarland allein im Bereich der EDV-Dienstleistungen inzwischen 54 neue Unternehmen mit derzeit fast 1000 Arbeitsplätzen entstanden.

Förderung und Beratung innovativer Unternehmen

Unser Konzept der Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft wäre unvollständig, würde es nicht die flankierende wirtschaftliche Förderung innovativer und technologieorientierter Anwendungen beinhalten.

Unser Augenmerk gilt hier insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Stellung im Markt durch den Einsatz innovativer technologischer Verfahren und Produkte häufig deutlich verbessern könnten, jedoch das mit der Innovation einhergehende, oft überdurchschnittliche Risiko der Produktion und Markteinführung nicht tragen können.

Mit dem Forschungs- und Technologieprogramm der Landesregierung gelingt es, auf den Ebenen Produktion und Markteinführung dieses Risiko zu verringern. Die gezielt an förderungswürdige Unternehmen vergebenen Zuschüsse schaffen Investitionsanreize und bieten den Unternehmen die Chance, sich mit innovativer Technologie zu etablieren. Dies sichert dem Land zugleich qualifizierte Arbeitsplätze.

Gestützt werden die Bestrebungen um vielschichtige Verzahnungen von Wissenschaft und Wirtschaft durch bedarfsgerechte Beratungs- und Vermittlungsangebote im Bereich von Innovationen und Technologietransfer. Es gilt, Informationsdefizite in der Wirtschaft abzubauen und einen möglichst reibungslosen Informationsfluß zwischen Wissenschaftlern und - potentiellen - Anwendern innovativer Technologien sicherzustellen.

Eine wichtige vom Land geförderte Service-Einrichtung ist die Zentrale für Produktivität und Technologie Saar e. V. (ZPT). Sie hat zur Aufgabe, in Kooperation mit den anderen Kontaktstellen im Saarland saarländische Unternehmen umfassend in allen Fragen des Technologietransfers zu beraten, Kontakte und Ansprechpartner zu vermitteln und praktische Hilfen bei der Umsetzung innovativer Technologien zu geben.

Ergänzt wird dieses Angebot durch auf bestimmte Zielgruppen und bestimmten Beratungsbedarf spezialisierte Technologietransferstellen an der Universität des Saarlandes, der Hochschule für Technik und Wirtschaft, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer, die insbesondere Schwellen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft überwinden helfen und die Beratung der Unternehmen bei der praktischen Umsetzung innovativer Konzepte leisten sollen.

Die Landesregierung wird den begonnenen Dialog zwischen Forschung, Wirtschaft, Arbeitnehmerschaft und Politik weiter intensivieren, um gemeinsam konstruktive Lösungen für die Erneuerung der Region zu suchen und umzusetzen.

V. Auf dem Weg zur ökologischen Wirtschaft

Das Saarland stand als frühindustrialisierter Wirtschaftsraum in zentralen Umweltbereichen wie industrielle Altlasten, Luftverschmutzung und Abfallaufkommen vor einer großen Herausforderung. Wir haben die Herausforderung angenommen. Gravierende Umweltbelastungen wurden beseitigt bzw. Lösungen auf den Weg gebracht. Gleichzeitig nutzen wir die Erfahrung und das große Potential an technologischem Know-how unseres Landes, um die ökologische Modernisierung in ökonomische Chancen umzumünzen.

Die Bewahrung der Umwelt gilt heute längst nicht mehr nur als lästiger Kostenfaktor für die Wirtschaft und Bedrohung für die Arbeitsplätze. Im Gegenteil: die ökologische Modernisierung ist zugleich eine notwendige Bedingung für wirtschaftliche Chancen.

Ökologische Umstrukturierung wirtschaftlich nutzen

Mit einem Umsatzvolumen von jährlich bundesweit 25 Mrd DM stellen die Umweltechnologien einen der dynamischsten Wachstumsmärkte dar. Gestiegenes Umweltbewußtsein, neue Anforderungen des europäischen Binnenmarktes und der Nachholbedarf aus Mittel- und Osteuropa eröffnen dem Umweltmarkt beträchtliche Marktanteile.

Eine vom Ministerium für Umwelt in Auftrag gegebene Studie belegt, daß im Saarland bereits jetzt von einer eigenständigen Umweltdienstleistungsbranche gesprochen werden kann. Über 250 überwiegend kleine und mittelständische Betriebe mit fast 7.000 Beschäftigten sind dem Umweltsektor zuzurechnen. Sie haben hervorragende unternehmerische Perspektiven vor allem in den Tätigkeitsfeldern Entsorgungskonzepte, Reststoffverwertung, Altlastensanierung und Öko-Management.

Auch im Bereich des großen Zukunftsmarktes Energie genießen das Saarland und die Landeshauptstadt Saarbrücken einen hervorragenden Ruf. Saarländische Unternehmen der Energieversorgung und Energietechnik setzen internationale Maßstäbe auf den Gebieten Energieeinsparung, erneuerbare Energien sowie Energie- und Kraftwerkstechniken.

Die im Umweltbereich inzwischen aufgebaute, ausgesprochen leistungsfähige Forschungsinfrastruktur schafft weitere Impulse.

Entsprechend unserer Kompetenz werden wir im Saarland alles daransetzen, unsere Erfahrungen zu nutzen, um in diesem Zukunftsmarkt auch über die Landesgrenzen erfolgreich zu sein: zum Schutz unserer Umwelt, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Wesentliche Elemente unserer Strategie zur ökologischen Umstrukturierung der Wirtschaft sind dabei:

- die Förderung der Entwicklung innovativer Umwelttechniken und -produkte sowie ihrer überregionalen Vermarktung;
- die Förderung umweltverträglicher Energieumwandlung und rationeller Energieverwendung;
- das Setzen von Anreizen, die Entscheidungen zum Wohle der Umwelt für Unternehmen auch betriebswirtschaftlich rentabel machen;
- die Garantie einer sicheren Entsorgung zu vertretbaren Kosten und
- die Sanierung und Verwertung von Altlasten.

Mit Energie ins solare Zeitalter

Die ökologische Modernisierung der Wirtschaft bedeutet wesentlich auch Umgestaltung im Energiebereich. Hier geht es gleichzeitig um Ver-

minderung der Emission von Schadstoffen, um Einsparung von Ressourcen, um umweltverträgliche Energieumwandlung und um wettbewerbsfähige Energiepreise.

Seit 1985 bauen wir an einer energiepolitischen Brücke in das solare Zeitalter - mit bundesweit beachtetem Erfolg. Die drei Pfeiler dieser Brücke sind die Energiesparpolitik, die bessere Energieausnutzung und die Einführung erneuerbarer Energien.

Im Gegensatz zur Bundesregierung, die der Förderung erneuerbarer Energien zu wenig Bedeutung beimißt, haben wir seit langem mit dem Umstieg auf diese Energieformen begonnen und mit vorbildlichen Maßnahmen Akzente gesetzt.

Als erstes Bundesland hat das Saarland bereits 1989 ein Markteinführungsprogramm für erneuerbare Energien aufgelegt, um möglichst vielen Privatpersonen und Unternehmen Anreize zu bieten, Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energieformen zu entwickeln und zu errichten.

Im Rahmen des Markteinführungsprogramms sind in den letzten fünf Jahren mehr als 2400 Anlagen gefördert worden. Damit weist das Saarland die höchste Installationsdichte an Sonnenenergieanlagen aller Bundesländer auf.

Abgerundet wird dieses Programm durch unentgeltliche Beratung von Interessenten erneuerbarer Energien sowie der Schulung von Installationsfirmen durch die ARGE-Solar - einer Institution, der das Ministerium für Wirtschaft und fast alle saarländischen Elektrizitätsunternehmen angehören.

Innerhalb kurzer Zeit wurde so ein Investitionsvolumen von 45 Millionen DM umgesetzt. Die Folge sind nachhaltige Preissenkungen bei Solaranlagen in der Größenordnung von rund 30 Prozent und erhebliche Beschäftigungseffekte bei etwa 150 Installations- und Herstellerbetrieben.

Diesen Weg, mit innovativer Technik die Sonnenenergie zu erschließen, wollen wir weitergehen. Denn die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten im Bereich der Energieeinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energien sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Wir bereiten daher gegenwärtig ein großangelegtes Investitionsprogramm im Bereich "Erneuerbare Energien und Energieeinsparung" vor.

Wir werden damit verstärkt größere Referenzprojekte schaffen, wie z.B. den Bau einer europaweit einzigartigen Kombination aus Lärmschutzwänden und Solaranlagen am Autobahndreieck Saarbrücken. Zu den künftigen Vorhaben zählen auch die Förderung von Photovoltaik-Fassaden, die großtechnische Windkraftnutzung sowie die Erprobung solarer Nah- und Fernwärmesysteme auf der Basis von größeren Solarkollektorenanlagensystemen.

Energiesparen: Energietechnik für Umwelt und Wirtschaft

Einen weiteren wichtigen Programmpunkt wird die Förderung des Baus einer Niedrig-Energiehaus-Siedlung mit 150 Wohneinheiten in Verbindung mit modernster Energietechnik darstellen. Mit diesem Programm soll auch demonstriert werden, daß die wärmetechnischen Zusatzinvestitionen beim Bau von Niedrig-Energie-Häusern bei geschickter Planung wirtschaftlich sein können.

Erheblichen Anteil an der saarländischen Kompetenz auf dem Gebiet der Energietechnologie und ressourcenschonenden Energieverwendung hat die 1987 gegründete Saarländische Energieagentur (SEA), die zum Zeitpunkt ihrer Gründung die erste ihrer Art in der Bundesrepublik war.

Sie hat jetzt internationale Anerkennung gefunden: Sie ist von der Kommission der Europäischen Union als Organisation zur Förderung der Energietechnologien ausgewählt worden.

Die SEA führt in dieser Funktion ein Konsortium von bundesdeutschen Einrichtungen an, das auf den verstärkten Einsatz rationeller Energieformen und regenerativer Energien in Deutschland hinwirken soll. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entwicklung von Kooperationen im Energiebereich zwischen den Staaten der Europäischen Union und mit den osteuropäischen Ländern - einschließlich des Exports von saarländischen Energietechnologien.

Die Förderung von Energiekonzepten seitens des Landes und die Beratung und Hilfe bei der Umsetzung durch die SEA helfen vor allem kleinen und mittleren Unternehmen und Kommunen: Energiesparinvestitionen werden vorfinanziert und amortisieren sich über die erzielten Einspareffekte. Die Tatsache, daß über 100 Maßnahmen und Beratungen in Betrieben durchgeführt wurden, spiegelt das gestiegene Umweltbewußtsein wieder.

Auch haben wir inzwischen mit fast allen Gemeinden unseres Landes individuell auf sie zugeschnittene Energiekonzepte entwickelt. Nach der konzeptionellen Phase in der letzten Legislaturperiode treten wir nun in ihre Umsetzung, um die Möglichkeit der rationellen Energieverwendung in den Kommunen beispielhaft aufzuzeigen. Wichtigstes Einzelbeispiel praktischer Umsetzung kommunaler Energiekonzepte ist die vom Land mit 7 Mio DM unterstützte Umstellung des Saarlouiser Stadtteils Steinrausch von Nachtstrom auf Fernwärme.

Erleichtert wurde dieses Großprojekt durch unsere konsequente Vorrangpolitik für die Fernwärme. Mit über 100 Mio DM haben wir den Fernwärmeausbau im Saarland gefördert: Abwärme aus unseren Kraftwerken und Industrieanlagen speist eines der größten Fernwärmesysteme in Deutschland.

Neben einem geringeren Einsatz von Primärenergie zeichnet sich dieses System vor allem auch dadurch aus, daß die Emissionsbelastung durch den Einsatz von Einzelfeuerungen erheblich zurückgegangen ist. Allein die Installation der Fernwärmeschiene zwischen Völklingen und Dillingen vermochte es, den CO₂-Ausstoß um jährlich 160.000 Tonnen zu reduzieren.

Insgesamt sind seit 1985 die Emissionen von Schwefeldioxyd um 75 Prozent und von Stickoxyden um 78 Prozent zurückgegangen. Maßgeblichen Anteil an der drastischen Senkung der Schadstoffbelastung hatten auch die enormen Investitionen zur Luftreinhaltung bei den saarländischen Kraftwerken. Schon lange vor Verabschiedung der Großfeuerungsanlagenverordnung hatte das Saarland durch die Saarbergwerke eine Vorreiterrolle der Rauchgasreinigung übernommen.

Daß im Saarland im Bereich innovativer Kraftwerkstechnik Spitzenleistungen vollbracht werden, belegen unter anderem die internationalen Auszeichnungen für die saarländischen Kraftwerke Modellkraftwerk Völklingen und Kraftwerk Römerbrücke.

Es gilt auch in Zukunft, das über Jahre erarbeitete technische Know-how in Kohle- und Kraftwerkstechnik weiterzuentwickeln. Daher unterstützen wir die Pläne der Saarbergwerke, ein neues Steinkohlekraftwerk als Ersatz für auslaufende alte Kohleblöcke zu errichten. Dabei geht es uns nicht nur um die Absicherung der Produktion saarländischer Kohle, sondern auch um die Festigung der Position als Spitzenreiter in der Kohle- und Kraftwerkstechnologie sowie um weitere Verbesserungen der Umweltsituation.

Unser Ziel wird es sein, mit einem hohen energetischen Wirkungsgrad, mit der Auskoppelung von Fernwärme, mit modernsten Rauchgasreini-

gungsanlagen sowie mit der vollständigen Wiederverwertung der anfallenden Reststoffe wiederum ein Zukunftsmodell modernster Kohlekraftwerkstechnik zu verwirklichen.

Die vergangene Legislaturperiode war energiepolitisch charakterisiert durch eine Politik zur Linearisierung der Stromtarife. Der großangelegte, bundesweit beachtete Tarifversuch hat gezeigt, daß ein zeitvariabler linearer Stromtarif ökonomische Anreize zum Stromsparen gibt, ohne die Stromrechnung zu erhöhen. Zu Beginn des Jahres 1995 wird das Saarland als erstes Bundesland flächendeckend ausschließlich lineare Tarife im Haushaltsbereich anbieten. Als nächsten Schritt werden wir für die kommende Legislaturperiode eine Reform der Gewerbetarife vorsehen.

Was im übrigen das Energiepreisniveau angeht, ist das Saarland bundesweit konkurrenzfähig. Wie ein Vergleich des Bundesverbandes der Energieabnehmer deutlich macht, gehören die Saarländischen Strompreise zu den günstigsten in der gesamten Bundesrepublik. Konsequente Energiesparpolitik geht also nicht zu Lasten der Strompreise.

Die energiepolitische Brückenstrategie des Saarlandes könnte noch effizienter sein, wenn die bundesweiten Rahmenbedingungen stimmten. Wir kämpfen daher für ein neues Energierecht, das der Energieeinsparung und einer am Umweltschutz orientierten Energieversorgung höchste Priorität einräumt, für die schrittweise Verteuerung der Energieumwandlung durch die Einführung einer Energiesteuer, für die Novellierung des Stromeinspeisegesetzes, um den rechtlichen Rahmen vor allem für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung zu verbessern, sowie für den Ausstieg aus der Kernenergie.

Ökologisches Denken in die betriebliche Praxis

Bei der Erneuerung der Wirtschaft kommt der Förderung einer ökologisch orientierten Unternehmensführung und eines umfassenden Umweltmanagements in Betrieben ein hoher Stellenwert zu. Deshalb haben wir als erstes Bundesland 1993 ein "Saarländisches Umwelt-Audit-Programm" aufgelegt, das inzwischen anderen Bundesländern als Vorbild dient.

Ziel dieses Programms ist es, insbesondere kleinen und mittleren Betrieben Anreize zu bieten, vorsorgende Umweltschutzkonzepte zu entwickeln. Sie sollen einerseits zu einer kostenoptimalen Ablauforganisation führen und andererseits Risiken für die Umwelt ausräumen.

Unternehmen, die ihre Betriebsabläufe auf technische und organisatorische Umweltschutzverbesserungen überprüfen lassen, werden finanziell unterstützt. Wir planen, das Programm fortzusetzen und dabei auch Branchekonzepte, z.B. im Handwerksbereich, miteinzubeziehen.

Perspektiven für eine ökologisch orientierte Unternehmensführung zeigt auch das Saar-Lor-Lux-Umweltzentrum des Handwerks, an dessen Kosten sich das Land in der Anlaufphase beteiligt. Durch Umweltinformation, Beratung und umweltbezogene Bildung soll die Position des Handwerks im expandierenden Markt für Umwelttechnik gestärkt werden.

Zur stärkeren Positionierung der saarländischen Umweltbranche ist das Umweltministerium zusammen mit der IHK und ZPT initiativ geworden. Arbeitsgruppen sollen durch Initiativen zur gemeinsamen Markterschließung und Messebeteiligung mittelfristig einen größeren Marktanteil sichern.

Umweltforschung: Impulse für Umwelt und Wirtschaft

Unverzichtbarer Bestandteil bei einer ökologisch orientierten Umstrukturierung unserer Wirtschaft ist die Umweltforschung. Denn von der Erforschung und Entwicklung umweltschonender Produktionsverfahren profitiert nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Umwelt. Sie sind ein wesentlicher Beitrag zur Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit und gleichzeitig zur Vermeidung ökologischer Risiken.

In diesem Schlüsselbereich haben wir in den vergangenen Jahren enorme Fortschritte erzielt. Als ein neuer Standort der Universität wurde in Dudweiler das wissenschaftliche Zentrum für Umweltforschung eingerichtet, das sich schwerpunktmäßig mit Problemen der Umweltverschmutzung und Umweltsanierung befaßt. Durch die Koordination der vorhandenen Aktivitäten der verschiedenen Fachrichtungen soll das Zentrum innovative Impulse vermitteln, die weit über die unmittelbar beteiligten Fächer in Wirtschaft und Industrie ausstrahlen.

Auch mit der Errichtung des Instituts für Umweltkompatible Prozeßtechnik (UPT), dessen Neubau 1995 fertiggestellt werden soll, hat das Land zukunftsweisend gehandelt. Vorrangiges Ziel des UPT ist es, neue Verfahren und Techniken für Unternehmen zu entwickeln, die die Entstehung von umweltbelastenden Schadstoffen oder Abwässern bereits im Produktionsprozeß vermeiden.

Auch viele Forschungsergebnisse des 1987 gegründeten Instituts für Neue Materialien stehen ganz konkret im Dienst der Umwelt. Mit der Entwicklung innovativer Werkstoffe werden vielfältige Umweltlösungen auf den Weg gebracht. Beispiele sind neue Verfahren bei der Abluftreinigung und neuartige Beschichtungs-

techniken, die sowohl ökologisch als auch ökonomisch nach vorne weisen.

Auch künftig werden wir dem umwelttechnologisch orientierten Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkt besonderes Gewicht beimessen. Der Schwerpunkt Umweltforschung in der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät des Saarlandes soll weiter ausgebaut werden.

Durch die Bildung von neuen Lehr- und Forschungseinheiten insbesondere auf den Gebieten technische Biochemie, technische Mikrobiologie und angewandte Geochemie sollen vorhandene Studiengänge durch wichtige Inhalte moderner Umweltforschung und der Technologietransfer in die regionale Wirtschaft verstärkt werden.

Auch bei der Hochschule für Technik und Wirtschaft soll durch eine neue Studienrichtung "Energie- und Verfahrenstechnik", für die es zahlreiche Anknüpfungen in der saarländischen Wirtschaft gibt, die Übertragung von Know-how optimiert werden.

Sichere Entsorgung zu vertretbaren Kosten

Angesichts sich bundesweit verknappender Entsorgungskapazitäten wird eine kostengünstige und sichere Entsorgung von Haus-, Gewerbe- und Sondermüll zu einem immer wichtigeren Standortfaktor. Ohne technologisch moderne und auf höchstem Sicherheitsniveau stehende Abfallentsorgungsanlagen ist dies nicht möglich. Dies gilt insbesondere für den Sondermüll. Neben der bereits angesprochenen Strategie der Vermeidung durch die Entwicklung und Umsetzung abfallarmer Produktionsverfahren und der möglichst weitgehenden Verwertung haben wir auf ein sicheres Entsorgungsangebot im eigenen Land hingewirkt.

Zur Sicherstellung der Entsorgung und zur Gewährleistung einer angemessenen Kontrolle wurde 1988 die Sonderabfall-Entsorgung Saar

GmbH (SES) mit Anschluß- und Benutzungszwang gegründet. Neben der Entsorgung von Sonderabfällen bietet die SES ihren Kunden maßgeschneiderte Vermeidungs- und Verwertungskonzepte an. Diese Anstrengungen der SES sind einer der Gründe dafür, daß im Saarland das Sonderabfallaufkommen allein im Jahr 1993 um 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist.

Obwohl die Entsorgungskosten für die Saarwirtschaft dem bundesdeutschen Vergleich standhalten können, hat die SES den Nachteil, überwiegend auf Entsorgungseinrichtungen außerhalb des Landes angewiesen zu sein. Priorität hat daher für uns, die Sonderabfalldeponie in Eft-Hellendorf zügig zu verwirklichen.

Bisher wurde die Errichtung der Sonderabfalldeponie landesplanerisch abgesichert. Die weiteren genehmigungsrechtlichen Schritte werden jetzt folgen. Mit dem Bau der Deponie wird am Standort Saarland in absehbarer Zeit die Kapazität für eine gesicherte Entsorgung von Industrieabfällen zur Verfügung stehen und auch zu einer Entlastung der Gebühren in diesem Bereich beitragen.

Auch im Bereich der Hausabfallentsorgung haben wir für Entsorgungssicherheit gesorgt. Mit der rechtskräftigen Planfeststellung für die Abfallverwertungsanlage Velsen ist auch hier die Gewähr gegeben, daß es bei uns zu keinem Müllnotstand kommt.

Von der ehemaligen Industriebrache zur attraktiven Gewerbefläche

Insbesondere im Saarland mit seiner vergleichsweise großen Zahl an brachgefallenen Industrieflächen ist und bleibt die Revitalisierung ein zentrales Thema. Sie ist sowohl wirtschaftliche Notwendigkeit als auch umweltpolitische Pflicht.

Neben der Beseitigung der latenten Gefahren, denen Boden, Wasser und Luft durch kontaminierte Flächen ausgesetzt sind, macht es der steigende Flächenbedarf nötig, alte Industriebrachen für Neues zu nutzen.

Da die Industrie- und Gewerbebrachen in der Regel größere, zusammenhängende Flächen darstellen, in Innenstadtnähe liegen und über eine gute verkehrsmäßige Anbindung und sonstige Infrastruktur verfügen, sind sie sehr gefragte Standorte für die Neuansiedlung bzw. Expansion von Betrieben oder für eine attraktive städtebauliche Nutzung.

Im übrigen eröffnet uns das Know-how im Industrieflächen-Recycling in Verbindung mit der aufgebauten anwendungsorientierten Forschung in diesem Bereich die Chance, einen Wachstumsmarkt der Zukunft zu besetzen. So kann zum Beispiel die 1989 gegründete Saarberg-Tochter SOTEC mit erfolgreichen Projekten in der Bodensanierung bundesweit sehr gute Referenzen vorweisen.

Von 1990 bis 1993 wurde das Flächenrecycling mit insgesamt über 70 Mio DM gefördert. Zahlreiche Revitalisierungsprojekte sind erfolgreich abgeschlossen bzw. auf gutem Weg. Dazu einige Beispiele:

- Im Bereich des ehemaligen Grubengeländes "König" in Neunkirchen konnten rund 26 ha mit Fördermitteln des Landes von rund 15 Mio DM wieder einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden. Bei der Belegung der Fläche wurde mit Unternehmen unterschiedlicher Wirtschaftszweige aus den Bereichen Elektronik, Import/Export, Stahlbau, Versorgungstechnik, Oberflächentechnik, Orthopädische Produkte und Bergtechnik ein guter "Branchen-Mix" erreicht.

- Für den Bereich des Neunkircher Eisenwerkes wurde insgesamt eine umfassende städtebauliche Sanierung durchgeführt, die das Stadtbild grundlegend zum Positiven verändert hat. Von 1986 - 1992 wurden auf der Industriebrache des Neunkircher Eisenwerkes mit Förderungen des Landes in Höhe von rund 30 Mio DM eine Fläche von ca. 30 ha für gewerbliche Zwecke wieder aufbereitet. Auf der Sanierungsfläche hat mit dem Einkaufszentrum "Saarpark Center" eine begrenzte Stadtkernerweiterung stattgefunden. Im weiteren Umfeld haben sich Betriebe unterschiedlicher Branchen angesiedelt.

- Seit 1985 wurde das Gebäude der ehemaligen Waschkau der Grube in Püttlingen saniert, renoviert und in ein "Unternehmerzentrum Püttlingen" (UZP) umgestaltet. Der erste Bauabschnitt ist inzwischen komplett mit Betrieben belegt. Der Erweiterungsbau ist mittlerweile fast fertiggestellt.

- Mit einer Zuwendung des Landes von rund 18 Mio DM wurde ab 1985 das ca. 11 ha große ehemalige Heckelgelände saniert und das Saarbrücker Innovations- und Technologiezentrum (SITZ) eingerichtet. Mit Ausnahme einer ca. 5.000 qm großen Freifläche ist die Fläche mit Software-Unternehmen, Planungsbüros sowie Firmen der Energie-, Umweltschutz-, Meß-, Spritzguß- und Hochtemperaturtechnik belegt.

- Für das Burbacher Hüttengelände wurde die Pilotphase der Sanierung abgeschlossen. Ziel der Pilotphase war, die am besten geeignete Verfahrenskombination für die Sanierung des Geländes zu finden. Hierbei sollten Erfahrungen gewonnen werden, die über das Saarland hinaus verwertet werden können. Dies ist gelungen.

Die nun anstehende Wiedernutzbarmachung des Geländes erfordert weitere umfangreiche Planungs-, Abbruchs-, Sanierungs- und Erschließungsarbeiten. Noch in diesem Jahr soll mit Genehmigung und anschließendem Bau einer großtechnischen Sanierungsanlage begonnen werden. Unser Ziel ist, das Hüttengelände schon in einigen Jahren wieder für die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben zur Verfügung zu stellen.

- Auch für die erste Phase der Sanierung des Völklinger Hüttengeländes, das insgesamt 62 ha umfaßt, waren Planungs-, Erprobungs- und Sanierungsarbeiten in erheblichem Umfang zu leisten. Insgesamt wurde die Revitalisierung bisher mit rund 25,6 Mio DM gefördert. Die Anstrengungen zeigen bereits beachtliche Erfolge. So konnte die ehemalige Schlackenbrechanlage bereits saniert werden. Hier stehen nun neue, verkehrsmäßig sehr gut erschlossene Gewerbeflächen zur Neuansiedlung von Betrieben zur Verfügung. Ebenso steht das Gründerzentrum in der Nähe der Gasgebläsehalle vor seiner Fertigstellung. Die weitere Wiedernutzbarmachung des Geländes wird in den kommenden Jahren Zug um Zug vorangetrieben.

- Auf einer ehem. Betriebsfläche der Saarbergwerke AG entsteht das Gewerbegebiet "Maybach". Auf einer Gesamtfläche von ca. 15 ha laufen derzeit die Erschließungsarbeiten, mit denen in 1993 begonnen wurde. Gemeinsam mit den Saarbergwerken und der Stadt Friedrichsthal wurde ein Modell gefunden, mit dem es gelang, in kürzester Zeit die Vermarktung einer baureifen Fläche an konkrete Ansiedlungsinteressenten zu ermöglichen. Neben der Vergabe einer ca. 8 ha großen Fläche für die Errichtung eines Distributionszentrums mit 250 neuen Arbeitsplätzen wurde die restliche Fläche an 6 weitere Unternehmen verkauft. Das Gelände ist damit komplett belegt.

- Als ein besonderes Beispiel innovativer Sanierung gilt die Umwandlung der ehemaligen Bergehalde Klinkenthal in Schiffweiler zu einem künftigen Gewerbepark. Die im Gelände vorhandenen kohlehaltigen Abraum- und Schlammassen werden aufbereitet, um ein ca. 20 ha großes Gewerbegebiet für die Gemeinde Schiffweiler zu gewinnen. An den Gesamtkosten der Maßnahme beteiligen sich EG und Land mit Zuwendungen in Höhe von 70 %. Aufgrund der regen Nachfrage nach gewerblichen Bauflächen konnte der erste Bauabschnitt bereits mit Unternehmen belegt werden.

VI. Der Schutz unserer natürlichen Umwelt: unser Plus

Im Saarland kennen wir die langfristigen Folgen eines jahrhundertelangen sorglosen Umgangs mit der Natur im besonderen Maße. Zwar haben wir bei der Abarbeitung der ökologischen Altlasten, die uns als altindustrieller Region überkommen sind, schon sehr gute Erfolge erzielt. Dies zeigen die Beispiele für die gelungene Revitalisierung alter Industriebrachen. Gleichwohl bleibt das Thema "Altlastenbeseitigung" für die kommenden Jahre vorne auf unserer umweltpolitischen Agenda.

Wir wollen die Inanspruchnahme von Natur und Landschaft begrenzen, den Eintrag von Schadstoffen in unser natürliches Ökosystem möglichst vermeiden, Tiere und Pflanzen schützen und ökologische Kreisläufe schließen. Insbesondere der intelligente und sparsame Umgang mit Energie und Rohstoffen, die Begrenzung des Flächenverbrauchs und konkrete Schutzmaßnahmen für einzelne schutzwürdige Naturgüter sind die Instrumente, mit denen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten wollen.

Dies ist wesentlich Querschnittsaufgabe der verschiedenen Politikfelder. Unsere Wirtschaftspolitik, unsere Forschungspolitik, unsere Verkehrspolitik und unsere Energiepolitik sind umweltverträglich ausgestaltet und auf die Berücksichtigung ökologischer Ziele ausgerichtet. Gleichzeitig sorgen wir durch Einzelprogramme für den besonderen Schutz gefährdeter Naturgüter.

Schutz der Natur und Pflege der Landschaft - Lebensraum für Tiere und Pflanzen

Wir wollen durch Schutz der Natur und Pflege der Landschaft Lebensräume für Tiere und Pflanzen sichern und, wo es für die Erhaltung und Wiederherstellung funktionsfähiger Ökosysteme erforderlich ist, zusätzliche Lebens-

räume gewinnen. Hierdurch wollen wir die Artenvielfalt und das ökologische Potential der Natur erhalten und für die kommenden Generationen eine lebendige natürliche Umwelt bewahren.

Auf der Basis unseres Landschaftsprogramms für das Saarland haben wir ein Bündel von Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt.

Durch die konsequente und zügige Ausweisung von Naturschutzgebieten haben wir den geschützten Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten erheblich ausgeweitet.

Wir haben die Zahl der Naturschutzgebiete von 21 im Jahr 1985 auf 73 im Jahr 1994 gesteigert; deren Fläche haben wir von 427 ha im Jahr 1985 auf 2.413 ha im Jahr 1994 fast versechsfacht. Dies entspricht knapp 1 Prozent der Landesfläche. Dieses Ergebnis kann sich in einer so dicht besiedelten Industrieregion wie dem Saarland gut sehen lassen.

Doch wir wollen noch zulegen. So wollen wir weg vom isolierten Schutz einzelner Tier- und Pflanzenarten und zur Herstellung eines Biotopverbundsystems, das den Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen kleinräumigen Ökosystemen Rechnung trägt.

Langfristig ist unser Ziel, statt selektivem Naturschutz einen ganzheitlichen Naturschutz zu betreiben: Artenschutz auf der gesamten Landesfläche. Hierbei achten wir darauf, daß die geschützten Gebiete im Sinne eines Biotopverbundsystems miteinander vernetzt sind.

Durch die Einführung eines Kulturlandschaftsprogramms haben wir begonnen, die Leistungskraft der Landwirtschaft in den Dienst von Naturschutz- und Landschaftspflege zu stellen. Dieses Programm wollen wir fortführen.

Mit der Ausweisung von Auenschutzgebieten schützen wir die letzten erhaltenen und intakten Auenlandschaften in unserem Land vor der Zerstörung. Die Zahl dieser Gebiete haben wir von 6 im Jahre 1990 auf 12 im Jahre 1994 gesteigert. Die geschützte Fläche ist von 151 ha auf 467 ha angewachsen. Damit haben wir einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung und Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts in gefährdeten Naturräumen entlang unserer Flußläufen geleistet. Die Ausweisung weiterer Auenschutzgebiete ist geplant.

Durch Wiederherstellung der natürlichen Verhältnisse entlang von Gewässern, die in der Vergangenheit künstlich ausgebaut worden sind, wollen wir neuen Lebensraum für eine reichhaltige Tier- und Pflanzenwelt schaffen. Mittlerweile haben wir 21 Renaturierungsprojekte in Angriff genommen. Immer mehr saarländische Kommunen beteiligen sich an der Renaturierung von Bächen und arbeiten Gewässerpflege- und Entwicklungspläne aus.

Neben der finanziellen Förderung dieser Pläne stellt das Land im Renaturierungsprogramm Zuschüsse für kommunale Maßnahmen zur naturnahen Gestaltung von Wasserläufen bereit.

Die beiden wichtigsten Projekte sind zur Zeit die Renaturierung der Ill und der Oster. Nach Abschluß dieser beiden Projekte, an denen sich das Land auch finanziell beteiligt, werden wir dem Ziel, ökologisch wertvolle Gewässerlandschaften mit artenreicher Tier- und Pflanzenwelt zu erhalten und zurückzugewinnen, ein wichtiges Stück nähergekommen sein. Zukünftig wollen wir die Landesprogramme zur naturnahen Umgestaltung von Gewässern konsequent fortführen.

Wir legen Wert auf einen fachlich qualifizierten Naturschutz. Daher haben wir Ausbildungsmaßnahmen für die im Naturschutz- und in der Landschaftspflege Tätigen durchgeführt. Bis

1994 wurden 850 Naturschutzbeauftragte ausgebildet. Dies war eine Steigerung gegenüber 1985 um mehr als 600. 376 Naturschutzbeauftragte wurden bis zu diesem Zeitpunkt berufen.

Bis 1994 wurden 239 Bachpaten ausgebildet und 231 berufen. Diese helfen, unsere Gewässer zu schützen und wieder naturnah zu gestalten. Ohne deren großes ehrenamtliches Engagement wären die erzielten Fortschritte im Naturschutz und bei der Landschaftspflege nicht in diesem Maße möglich gewesen.

Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Schutz unserer natürlichen Umwelt haben wir verbessert. Durch die Novellierung des Saarländischen Naturschutzgesetzes haben wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, der Zerstörung der Lebensräume und der Verschlechterung der Lebensbedingungen für die wildlebenden Tier- und Pflanzenarten begegnen zu können.

Saubere Flüsse und reines Wasser: Gesunde Lebensadern der Natur, Gesundheit für die Menschen

Unsere Oberflächengewässer sind in der Vergangenheit durch Produktion und Güterverbrauch in besonderem Maße belastet worden. Wir wollen diese Belastungen weiter abbauen, damit unsere Flüsse und Bäche wieder gesunde Lebensadern der Natur werden.

Diesem Ziel sind wir ein gutes Stück nähergekommen. Die Qualität unserer Oberflächengewässer hat sich erheblich verbessert. Dies zeigt die Gewässergütekarte, die nach einem bundeseinheitlichen Verfahren alle fünf Jahre die Qualität der Gewässer in der Bundesrepublik bewertet. Hiernach hat im Saarland der Anteil der unbelasteten bis nur mäßig belasteten Flüsse und Bäche von 30 Prozent im Jahre 1985 auf 36 Prozent im Jahre 1990 zugenommen.

Andererseits ist der Anteil der sehr stark verschmutzten bis übermäßig verschmutzten Fließgewässer von 30 Prozent im Jahre 1985 auf 21 Prozent im Jahre 1990 gesunken. Das war 1990. Inzwischen hat sich die Qualität unserer Flüsse und Bäche weiter verbessert.

Einen erheblichen Anteil an diesem Erfolg hatten die Fortschritte, die wir beim Kläranlagenbau erzielt haben. Die Investitionen des Abwasserverbands Saar betragen von 1985 bis 1994 rund 1 Mrd DM. Die Klärkapazität wurde seit 1985 um über 40 % erhöht.

Durch Umstellung der Bezuschussung des Kläranlagenbaus auf Zinsverbilligungen und der Einführung eines einheitlichen Verbandbeitrages haben wir die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, daß künftig noch mehr Investitionen in die Abwasserreinigung fließen können.

Über das Jahr 2000 hinaus wollen wir insgesamt 3 Mrd DM in Abwasseranlagen investieren. Wir wollen den jetzt im Ländervergleich schon hohen Anschlußgrad von Industrie und Haushalten an öffentliche Abwasserentsorgungsanlagen noch weiter steigern.

Zusätzlich wollen wir vorhandene Kläranlagen nachrüsten, damit die Reinigungsleistung der saarländischen Abwasserentsorgungsanlagen weiter verbessert wird.

Unser Trinkwasser können wir im Saarland - als einzigem Bundesland - fast vollständig aus gutem Grundwasser gewinnen. Dieses Gut wollen wir schützen und pflegen, damit auch unsere Kinder im nächsten Jahrhundert über gesundes, einwandfreies Trinkwasser verfügen können.

Dazu werden wir weiter konsequent unser ökologisches Wasserversorgungskonzept Saar umsetzen, das heißt

- Schutz des Grundwassers vor Verunreinigungen,

- Sicherung des ökologischen Gleichgewichtes in den Gewinnungsgebieten,
- Förderung des sparsamen Umganges mit Trinkwasser,
- Reduzierung des Grundwasserverbrauchs der Industrie,
- Erhaltung der ortsnahen Wasserversorgung,
- Sanierung belasteter Grundwassergewinnungsgebiete,
- soweit dann noch erforderlich, Neuerschließung oder Fremdwasserbezug,
- Förderung des Trinkwassers entsprechend des regional unterschiedlichen Wasserangebots.

Zum Schutz des Grundwassers haben wir in der Vergangenheit zügig und konsequent Wasserschutzgebiete ausgewiesen. Die Zahl der Wasserschutzgebiete haben wir von 25 im Jahr 1985 auf 51 im Jahr 1993 gesteigert. Die unter Schutz gestellte Landesfläche nahm von 3,9 % im Jahr 1985 auf 16,2 % derzeit zu. Wir werden in den nächsten Jahren durch Festsetzung weiterer Schutzgebiete insgesamt ca. 70.000 ha oder 29 % der Landesfläche unter Schutz gestellt haben.

Die Qualität des Grundwassers wird über ein Grundwasserbeschaffenheitsmeßnetz mit mittlerweile 120 Meßstellen flächendeckend beobachtet. Das dichte Meßnetz erlaubt eine ständige Beurteilung der Grundwasserbeschaffenheit. So können bei evtl. Schadensereignissen rechtzeitig vorsorgende Maßnahmen zur Sicherung einer hohen Trinkwasserqualität ergriffen werden.

Bodenschutz: Altlasten beseitigen, zukünftige Belastungen vermeiden

Der Boden zählt zu unseren kostbarsten Naturgütern. Die Gefährdungen des Bodens durch falsche Nutzung und Schadstoffeintrag wurden jedoch lange Zeit unterschätzt, nicht zuletzt, weil die Langzeitwirkungen umweltschädigender Verfahren, die zum unbedachten Umgang mit dem Naturhaushalt und insbesondere dem Boden geführt haben, nicht erkannt wurden.

Als eines der ersten Bundesländer haben wir ein Bodenschutzprogramm vorgelegt, in dem die Leitsätze eines effektiven Bodenschutzes festgelegt sind. Nach unserer Auffassung ist der Schutz des Bodens eine Querschnittsaufgabe, die die verschiedensten Politikbereiche - die Landwirtschaftspolitik, die Forstpolitik, die Verkehrspolitik, die Abfallwirtschaftspolitik - betrifft.

Angesichts der ökologischen Hypothek besteht im Saarland als altindustrieller Region ein wesentlicher Teil der Bodenpolitik darin, Gefährdungen durch Altlasten im Boden zu verhindern und verunreinigte Flächen wieder nutzbar zu machen.

Mit einer ganzen Palette weitgehender Maßnahmen haben wir dafür gesorgt, daß Altlasten im Boden beseitigt werden können und Vorsorge für die Vermeidung künftiger Bodenbelastungen getroffen wird. So wurde die landesweite Erfassung von Altablagerungen und Altstandorten abgeschlossen. Auf zahlreichen Flächen wurden weitergehende Untersuchungen durchgeführt, um ein mögliches Gefährdungspotential abschätzen zu können. In einer Reihe von Fällen wurde die Sanierung schon erfolgreich abgeschlossen.

Durch den Aufbau eines Umweltinformationssystems haben wir die datenmäßige Grundlage dafür geschaffen, daß wir bei Planung und Geneh-

migung von Anlagen auf umfassende Informationen zurückgreifen und so Umweltschäden besser vermeiden können.

Umfassender Schutz des Bodens erfordert eine spezialgesetzliche Regelung, in der u.a. Schutzstandards festgelegt sind. Aufgrund der Ankündigung des Bundes, ein Bundesbodenschutzgesetz mit den wünschenswerten bundeseinheitlichen Regelungen zu erarbeiten, haben wir im Saarland die Schaffung eines saarländischen Bodenschutzgesetzes vorerst zurückgestellt. Das Bundesgesetz ist jedoch bisher nicht über ein Entwurfsstadium hinausgekommen. Wir werden weiter darauf drängen, daß auf Bundesebene eine entsprechende Rechtsgrundlage alsbald geschaffen wird. Andernfalls werden wir allein handeln.

Ebenfalls im Verzug ist der Bund mit der Auflegung eines Altlastensanierungsfonds. Wir verlangen seit langem vom Bund die Einrichtung eines solchen Fonds, damit die Abtragung der Hypothek der Vergangenheit, die zwischen den Regionen der Bundesrepublik sehr unterschiedlich verteilt ist, in betroffenen Regionen wie dem Saarland zu finanzieren ist. Angesichts der Größenordnung der Aufgabe wären die einzelnen Regionen allein überfordert.

Saarländische Klimapolitik: Saubere Luft an der Saar, unser Beitrag zum Klimaschutz

Wir wollen saubere Luft an der Saar, und wir wollen unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Was wir dabei erreicht haben, kann sich sehen lassen.

Im Saarland wurden rund 1,5 Mrd DM in 300 Filtern von Großfeuerungsanlagen investiert. Wir haben heute die modernsten Kraftwerke und Industrieanlagen. Den Schadstoffausstoß aus Kraftwerken und Heizwerken haben wir hierdurch in den letzten Jahren drastisch vermindert.

Durch den grenzüberschreitenden Austausch von Informationen über Luftbelastungen im Rahmen der beiden Meßnetze diesseits und jenseits der Grenze zu Lothringen stellen wir sicher, daß grenzüberschreitende Luftbelastungen rechtzeitig erkannt werden und Vorsorge getroffen werden kann. Dem überregionalen und internationalen Charakter einer modernen Umweltpolitik tragen wir so schon Rechnung.

Im Rahmen des "Klimabündnis Saar" haben wir im Jahr 1992 mit zahlreichen Veranstaltungen und großem Engagement zahlreicher Helfer einen wesentlichen Beitrag dafür geleistet, in der Öffentlichkeit mehr Bewußtsein für die Notwendigkeit eines aktiven Klimaschutzes zu wecken. Zahlreiche einzelne Projekte haben neue Wege aufgezeigt und Impulse für Verhaltensänderungen gegeben, die zu einem verbesserten Klimaschutz beitragen.

Nachdem durch Umstrukturierung der Saarwirtschaft, durch Nachrüstung von Kraftwerken und industriellen Altanlagen die frühere Luftbelastung drastisch vermindert werden konnte, wollen wir weitere erhebliche Fortschritte durch konsequente Umsetzung und Fortführung unserer Energiepolitik und unserer ökologischen Verkehrspolitik erreichen.

Klimapolitik ist nach Abarbeitung des früheren Nachholbedarfs im Kern weitere Umstrukturierung der Formen der Bereitstellung und Nutzung von Energie mit dem Ziel verminderter Schadstoffemissionen sowie intelligente Umstrukturierung des Verkehrssystems.

Unsere Verkehrspolitik: Umweltschonende Mobilität durch intelligenten Verbund der Verkehrsmittel

Mit zunehmender materieller Produktion und zunehmendem Austausch von Gütern und Leistungen würden, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht änderten, auch die Verkehrsmengen drastisch zunehmen. Der bisherige Kurs des ungebremsten Zuwachses des Transportes auf der Straße zu Lasten der Schiene auf der einen Seite und der unzureichenden Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im Bereich des Personennahverkehrs auf der anderen Seite kann so nicht weitergehen. Wir müssen zu einer drastischen Kurskorrektur kommen, damit nicht das Wachstum des Wohlstandes zu weiter wachsender Belastung von Natur und Umwelt führt.

Die notwendige Kursänderung setzt voraus, daß die ökologischen Kosten der Verkehrsmittelwahl - Emissionen von Schadstoffen und Lärm, Flächenverbrauch u.s.w. - dem Verkehrsnutzer angelastet werden. Auch daher wollen wir auf Bundesebene eine ökologische Steuerreform durchsetzen.

Eine grundlegende Kurskorrektur ist unumgänglich. Das Ziel muß sein, durch intelligenten Verbund der Verkehrsmittel die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Menschen auf möglichst umweltschonende Weise ihrem Wunsch nach Mobilität nachkommen können. Dies wollen wir auch bei uns an der Saar erreichen vor allem durch

- eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs,
- eine Steigerung des Anteils des nichtmotorisierten Verkehrs und
- eine bessere Nutzung und Auslastung des privaten Kfz.

Zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Saarland haben wir erhebliche Mittel - seit 1990 94 Millionen DM - für Investitionen in die Infrastruktur und in die Fahrzeugflotte bereitgestellt.

Insgesamt haben wir rund 40 Infrastrukturprojekte gefördert, darunter Verkehrsverknüpfungspunkte, Busbeschleunigungssysteme, Neubau und Ausbau von Betriebshöfen, Bau von Park & Ride-Anlagen. Auch zur Modernisierung der Fahrzeugflotte privater und öffentlicher Unternehmen haben wir durch die Förderung von insgesamt 300 Linienbussen in erheblichem Umfang beigetragen.

Mit unserem Engagement zur Stärkung des ÖPNV haben wir eine Trendwende eingeleitet, die wir in den kommenden Jahren noch deutlich verstärken werden. Das Fördervolumen für den ÖPNV einschließlich der Förderung des Schienenpersonennahverkehrs wollen wir in den nächsten Jahren weiter steigern.

Herausragendes Projekt hierbei ist die Saarbahn, die wir als Rückgrat der öffentlichen Verkehrsbedienung im Verdichtungsraum an der Saar ausbauen wollen.

Die nun zur Finanzierung anstehende erste Ausbaustufe von Lebach über Saarbrücken nach Hanweiler und weiter bis nach Saargemünd ist der Einstieg in ein ausbaufähiges und fahrgastfreundliches Angebot des ÖPNV, das die stetig wachsenden Mobilitätsbedürfnisse im Verdichtungsraum des Saarlandes auf umweltverträgliche Weise befriedigen wird.

Mit der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs ab 01.01.1996 wird dem Land die Verantwortung für den schienengebundenen Personennahverkehr in der Region übertragen. In den Verhandlungen der Länder mit dem Bund konnten wir für das Saarland einen Regionalisierungsausgleich in Höhe von 161 Mio DM im Jahr 1996 erreichen, der bis zum Jahr 2001 kontinuierlich auf rd. 217 Mio DM ansteigt.

Mit diesen Finanzmitteln erhält das Land die Möglichkeit, in eigener Verantwortung den öffentlichen Personennahverkehr im Saarland auf der Schiene und der Straße grundlegend neu zu strukturieren und somit effizientere, problemnähere und kostengünstigere Lösungen bei Organisation und Produktion von Verkehrsleistungen zu erreichen.

Ein großer Teil der Finanzmittel wird gebunden sein für die Finanzierung des Grundangebots im Schienenpersonennahverkehr. Darüber hinaus werden wir die Mittel zielgerichtet auch für den Neu- und Ausbau des Schienennetzes einsetzen.

Wir haben auch erhebliche Anstrengungen unternommen, den Anteil des nichtmotorisierten Verkehrs an den gesamten Verkehrsleistungen zu steigern. Durch insgesamt 40 Maßnahmen zur Förderung des Radwegebaus haben wir das Streckennetz auf über 300 km ausgeweitet. Wir haben die Erstellung von Radwegekonzepten durch Gemeinden gefördert.

Mit Landesförderung entstanden 23 Mitfahrer-parkplätze mit über 1.000 Stellplätzen, die die intensivere Nutzung des privaten Kfz durch Mitfahrergemeinschaften erleichtern. Für die kommenden Jahre wollen wir die Zahl der Plätze auf 50 steigern mit rund 2.000 Stellplätzen.

Zur Begrenzung der negativen Auswirkungen des Straßenverkehrs haben wir insgesamt 68 Lärmschutzmaßnahmen an Straßen durchgeführt. Hierdurch haben wir erreicht, daß ca. 30.000 Menschen vor den Lärmauswirkungen des Straßenverkehrs geschützt werden. Auch diese Maßnahmen werden wir zukünftig weiter fortführen.

Einen Schwerpunkt wollen wir in den nächsten Jahren bei der Beruhigung des motorisierten Verkehrs in Ortsdurchfahrten setzen. Ziel ist, durch Umgestaltung von Ortseingängen, insbesondere durch bauliche Verengung und optisch wirksame Maßnahmen den motorisierten Verkehr innerhalb von Ortschaften zu einer nachhaltig langsameren Fahrweise zu bewegen.

Hierzu hat die Landesregierung einen groß angelegten Modellversuch an zwölf Ortseinfahrten gestartet, der der praktischen Erprobung des neu entwickelten Konzeptes dient. Wenn die Umgestaltung der Ortsdurchfahrten in der Testphase die Erwartungen erfüllt, wollen wir das Konzept auf breiter Linie im ganzen Saarland umsetzen.

Unsere Abfallwirtschaft: Modell für ökologische Kreisläufe

Unser ökologisches Abfallwirtschaftskonzept geht von der Erkenntnis aus, daß wir nur dann die natürliche Umwelt auf Dauer bewahren können, wenn wir mit Rohstoffen sparsam umgehen, sie möglichst weitgehend wieder verwerten und möglichst wenig Reststoffe in die Umwelt zurückbringen.

Mit unserer Abfallwirtschaftspolitik haben wir diesen Weg - die Schaffung ökologischer Kreisläufe - schon konsequent eingeschlagen. Es ist mittlerweile Modell für andere. Wir haben hiermit auf regionaler Ebene die Möglichkeit einer ökologischen Kreislaufwirtschaft unter Beweis gestellt.

Einen großen Erfolg haben wir bei der Abfallvermeidung erzielt: Die Abfallmenge ist auf Anlagen des KABV von 736.000 t 1987 auf 512.000 t 1993 gesunken. Damit haben wir unser früher gesetztes Ziel, eine Verringerung der Abfallmenge um mindestens 30 %, nahezu erreicht. Wir werden unsere Vermeidungsanstrengungen unvermindert fortsetzen. Auf Bundesebene werden wir uns für wirksame, auf Müllvermeidung ausgerichtete rechtliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Auch bei der Verwertung von Abfällen können sich unsere Leistungen sehen lassen: 1993 haben die Bürger unseres Landes 50.000 t Wertstoffe gesammelt - ein Zeichen für das Umweltbewußtsein der Saarländerinnen und Saarländer. Durch die Ausweitung der Zahl der Wertstoffcontainer von 1.470 im Jahr 1987 auf rund 7.000 im Jahr 1994 haben wir die infrastrukturellen Voraussetzungen für diesen Verwertungserfolg geschaffen.

In 32 mit Landesmitteln geförderten kommunalen Kompostieranlagen werden Grünabfälle verwertet. In Privathaushalten sind schon 42.000 Komposter im Einsatz. Dies zeigt, daß wir im Hinblick auf die Wiedernutzbarmachung wertvoller Rohstoffe auf einem guten Weg sind.

Auch für die langfristig gesicherte umweltschonende Entsorgung des unvermeidbaren Restmülls bis weit ins nächste Jahrhundert haben wir gesorgt. Durch die Entsorgungspläne für "Hausabfall", "Krankenhausabfälle" und "Erdmassen" haben wir die planerischen Vorarbeiten für Betrieb und Errichtung von Abfallentsorgungsanlagen geleistet. Mit der Deponie Ormesheim und Merzig-Fitten verfügen wir über hochmoderne Abfallentsorgungsanlagen.

Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der weiteren notwendigen Deponien ist bis spätestens Ende des Jahrzehnts vorgesehen. Mit dem rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluß für das Abfallverwertungszentrum "Velsen" wurde die wesentliche rechtliche Voraussetzung für die Kompletierung der Entsorgungsinfrastruktur für Hausabfälle in unserer Region geschaffen.

Im Bereich der Sonderabfallentsorgung hat sich die SES als wirksames Instrument zur geordneten Entsorgung von Sonderabfällen im Saarland und zur Beratung der Unternehmen mit dem Ziel einer stärkeren Vermeidung und Verwertung von Sonderabfällen bewährt.

Nachdem die Errichtung einer Sonderabfalldeponie im Saarland durch eine entsprechende Änderung des Landesentwicklungsplans "Umwelt" in diesem Jahr landesplanerisch abgesichert ist, ist der nächste Schritt die Durchführung und der Abschluß des Planfeststellungsverfahrens. Wir werden strikt darauf achten, daß Errichtung und Betrieb der Sonderabfalldeponie mit allen notwendigen Schutzmaßnahmen und Auflagen verbunden werden, damit die Entsorgung von industriellen Abfällen in unserer Region auch langfristig umweltschonend erfolgt.

Unsere Forstpolitik: Forstwirtschaft zum Schutz der Lebensgrundlagen

Auch in unserer Forstwirtschaftspolitik zielen wir vor allem auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Die früher typischen forstwirtschaftlichen Methoden - Kahlschlagwirtschaft und Bestockung der Flächen mit schnellwachsenden Baumarten in Form von Monokulturen - hatten zu nachhaltigen Störungen der Stoff- und Energiekreisläufe des Bodens geführt.

Daher haben wir im saarländischen Staatswald die naturnahe Waldwirtschaft eingeführt und konsequent und zügig umgesetzt. Mit den einzelnen Elementen des Konzepts - weitgehend kahlschlagfreie Waldwirtschaft, Überführung von Fichtenmonokulturen in stabile Laubmischwälder, Verbot des flächenhaften Chemieinsatzes im Forst sowie Einführung einer boden- und bestandsschonenden Holzernte - wollen wir nach und nach Waldbestände wiederaufbauen, die ökologisch stabil sind und auch für unsere Kinder noch als "grüne Lunge" unseres Landes zur Verfügung stehen.

Durch entsprechende Fördermaßnahmen und Beratung des Privatwaldes haben wir Anreize gesetzt, auch die Privatwälder nach den Prinzipien der naturnahen Waldwirtschaft zu bewirtschaften.

Mit der Forstreform haben wir auch die betriebliche Seite im Forst modernisiert. Die Konzentration auf 7 Forstämter und 47 Reviere gewährleistet eine den Zielsetzungen der naturnahen Waldwirtschaft angemessene Organisation.

Der biochemische Zustand unserer Waldböden hatte sich in den letzten Jahren u.a. aufgrund von überregionalem Schadstoffeintrag verschlechtert. Zur Abwehr von Gefahren für das Waldökosystem und gegen eine mögliche Beeinträchtigung des Trinkwassers hat die Landesforstverwaltung rechtzeitig Gegenmaßnahmen vorbereitet. Im Herbst dieses Jahres laufen in den saarländischen Wäldern Kompensationskalkungen an, um die Waldböden in ihrer Qualität zu stabilisieren. Die Kompensationskalkung dient als stützende Maßnahme, die die Maßnahmen der Emissionsminderung in anderen Politikbereichen flankieren soll.

Durch den Aufbau eines Waldbeobachtungssystems zur Kontrolle von Waldschäden wurde eine Informationsgrundlage zur rechtzeitigen Erkennung von Gefährdungen und zur Einleitung von Gegenmaßnahmen geschaffen. Zur Zeit wird darüber hinaus eine Waldbiotopkartierung durchgeführt. Mit Hilfe dieser Kartierung wollen wir Naturschutzziele zukünftig noch stärker in die Waldbewirtschaftung integrieren.

Unsere Landwirtschaftspolitik: Pflege der Kulturlandschaft, Erhaltung der Naturgüter

Der Landwirtschaft wird künftig in wachsendem Maße die Rolle zukommen, die Kulturlandschaft zu erhalten und so die Artenvielfalt zu sichern und die ländlichen Räume in ihrer Erholungsfunktion für den Menschen zu bewahren. Die gesellschaftliche Funktion des Landwirts als Produzent von Nahrungsmitteln wird immer stärker ergänzt werden durch die Funktion als Naturschützer und Landschaftspfleger - und zwar sowohl durch Produktion von Nahrungsmitteln auf umweltschonende Weise als auch durch unmittelbare Leistungen zum Schutz und zur Pflege von Natur und Landschaft.

Im Sinne dieses Leitbildes wollen wir die Landwirtschaft an der Saar umstrukturieren und weiterentwickeln.

Wir haben bundesweit eine Vorreiterrolle im ökologischen Landbau übernommen. Das Saarland war das erste Bundesland, das direkte produktionsneutrale Einkommenshilfen zur Umstellung auf ökologischen Landbau eingeführt hat. An Fördermitteln haben wir hierfür rund 1,8 Mio DM eingesetzt.

Der Erfolg zeigt sich in den Zahlen: Gab es 1985 an der Saar 9 Betriebe, die ökologischen Landbau betrieben und mit 165 ha 0,2 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche in An-

spruch nahmen, so war deren Zahl bis zum laufenden Jahr auf 95 Betriebe angewachsen. Diese nutzten mit 5.000 ha 7,1 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Mittlerweile ist der Anteil der Betriebe des ökologischen Landbaus an allen Betrieben sowie der Anteil der von ihnen bewirtschafteten Flächen etwa dreimal so hoch wie im übrigen Bundesgebiet.

Zur Extensivierung von Dauergrünland haben wir wachsende Mittel eingesetzt. Für das kommende Jahr haben wir rund 2 Mio DM an Fördermitteln vorgesehen. Bis zum laufenden Jahr ist die Zahl der am Programm beteiligten Betriebe auf 174 angewachsen. Für die Zukunft streben wir eine erhebliche Steigerung der extensiv genutzten Dauergrünlandflächen (genutzte Fläche 1994: 750 ha) an.

Im Rahmen von Maßnahmen der Flurbereinigung haben wir dafür gesorgt, daß in erheblichem Umfang Flächen für Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege verfügbar gemacht wurden. Zur Sicherung von Wasserschutzgebieten wurden bis 1994 126 ha Flächen bereitgestellt, zur Sicherung von Naturschutzgebieten 1.052 ha und zur Gewässerrenaturierung 54 ha. Zukünftig streben wir die Bereitstellung weiterer Flächen für diese Zwecke an.

Zur gezielten Erhaltung ökologisch wertvoller Flächen haben wir das "Programm zur Pflege und Erhaltung ökologisch besonders wertvoller landwirtschaftlicher Sonderstandorte" aufgelegt. Im Rahmen dieses Programms haben wir mit einem Mitteleinsatz von jährlich 300.000 DM Leistungen gefördert, die in der Regel von den Landwirten selbst zur Erhaltung und Pflege brachgefallener landwirtschaftlicher Flächen mit dem Ziel der Sicherung der Artenvielfalt und der Entwicklung und des Schutzes von Ökosystemen erbracht werden. Bisher wurde schon eine erhebliche Zahl entsprechender Flächen bearbeitet.

Mit dem Programm zur Erhaltung der heimischen Kulturlandschaft sind wir in dieser Richtung noch einen erheblichen Schritt weitergegangen - wir zielen hiermit auf eine naturnahe Nutzung der gesamten Landesfläche im ländlichen Raum.

Wir fördern Landwirte, die unter bewußtem Verzicht auf höhere Erträge nachweislich besondere Leistungen für Natur und Umwelt erbringen. Nachdem das Kulturlandschaftsprogramm im Frühjahr dieses Jahres angelaufen ist, haben sich binnen weniger Wochen mehr als 500 Landwirte bereiterklärt, sich an dem Programm zu beteiligen.

Nach ersten Schätzungen werden ca. 15.000 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche in das Kulturlandschaftsprogramm einbezogen. Damit erweist sich unser neuer Ansatz als durchschlagender Erfolg. Wir werden das Programm in den kommenden Jahren konsequent umsetzen und ggf. neuen Erfordernissen anpassen.

VII. **Bildung und Ausbildung für die Bedürfnisse von morgen**

Differenzierung und Verbesserung der Schulstruktur

Seit wir im Jahre 1985 die Regierungsverantwortung übernommen haben, ist das Bildungsangebot im Saarland flächendeckend differenziert und qualitativ deutlich verbessert worden. Die Lerninhalte sind den Bedürfnissen der Zukunft angepaßt worden. Kultur und Sprache unserer europäischen Nachbarn werden den Kindern jetzt frühzeitig vermittelt. Die Berufsbildung hat sich mit den Erfordernissen der Wirtschaft weiterentwickelt und trägt damit maßgeblich zum guten Ruf saarländischer Berufseinsteiger bei.

Aufgabe der nahen Zukunft wird es sein, die Qualität des gesamten Bildungsangebotes im Saarland umfassend zu sichern und neuen Anforderungen an veränderte Bildungsinhalte und -strukturen frühzeitig Rechnung zu tragen.

Dies kann nur gelingen, wenn wir alle mit unseren bildungspolitischen Ressourcen verantwortungsbewußt umgehen.

Das erfordert zum einen verstärkte Anstrengungen zur Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer aller Schulformen. Gut ausgebildete und vor allem motivierte Lehrerinnen und Lehrer sind die Basis erfolgreicher schulischer Bildung.

Dabei wird in besonderem Maße auf veränderte pädagogische Anforderungen Rücksicht genommen werden müssen. Gerade bei Lehrerinnen und Lehrern in den Grundschulen muß die pädagogische Ausbildung der fachlichen Qualifikation mindestens ebenbürtig sein.

Seit Gründung des Landesinstituts für Pädagogik und Medien (LPM) haben sich die Teilnehmerzahlen an den Maßnahmen zur Lehrerfortbildung verdoppelt. Neue Außenstellen zur Grundschulpädagogik in Neunkirchen, Dillingen und Merzig tragen dazu bei, daß den Lehrerinnen und Lehrern das Angebot des LPM in erreichbarer Nähe zur Verfügung steht.

Zum anderen bedeutet eine Steigerung der Qualität schulischer Bildung die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Schullandschaft insgesamt an erhöhte Anforderungen.

Straffung der Schulstruktur als Aufgabe der Zukunft

Wir sind stolz darauf, daß es uns gelungen ist, im Saarland als einzigem Flächenland den mittleren Bildungsabschluß in allen Gemeinden anzubieten. Dies schafft für alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, ohne unüberwindbare räumliche Hindernisse einen qualifizierten Abschluß anzustreben und trägt damit zu einem Stück Chancengleichheit aller bei.

Das Prinzip der kurzen Wege soll auch weiterhin Bestand haben. Dies ist dauerhaft aber nur finanzierbar, wenn in absehbarer Zeit deutliche strukturelle Straffungen in unserem Schulsystem durchgesetzt werden können.

Insbesondere über den Bestand der Hauptschulen, die von Eltern, Schülern und Lehrern immer weniger akzeptiert werden, muß erneut diskutiert werden. Hier werden finanzielle und personelle Mittel gebunden, die wesentlich effizienter zum Ausbau integrierter und sozial gerechterer Schulsysteme genutzt werden könnten.

Die Hauptschule wird immer weniger nachgefragt, sie wird kaum mehr ihrem Bildungsauftrag gerecht und ist statt dessen immer mehr zu einem Auffangbecken für sozial ohnehin benachteiligte Bevölkerungsteile geworden. Ihren Absolventen droht immer mehr die Ausgrenzung. So notwendig und gerechtfertigt es vor Jahrzehnten gewesen sein mag, die Hauptschule als Regelschule zu etablieren: wer, wie die CDU, dies heute unverändert propagiert, verschließt die Augen vor der Realität und handelt auf Kosten unserer Kinder.

Die Sekundarschule war hier ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie kombiniert Haupt- und Realschule und bietet damit die Möglichkeit eines mittleren Bildungsabschlusses. In den Schuljahren 1992/93 bis 1994/95 wurden 29 Sekundarschulen eingerichtet, so daß unter Berücksichtigung der Gesamtschulen und Realschulen nunmehr in jeder der 52 Gemeinden des Saarlandes die Möglichkeit besteht, dort einen mittleren Bildungsabschluß zu erreichen.

Die SPD Saar sieht in der Errichtung der Sekundarschulen einen unter Berücksichtigung der damaligen politischen Situation notwendigen und sinnvollen Zwischenschritt. Jetzt ist es an der Zeit, das vielfältige Bildungsangebot im Saarland unter Beibehaltung der Qualität strukturell zu straffen.

Zentraler Bestandteil der Bildungspolitik der SPD Saar bleibt die integrierte Gesamtschule. Sie gewährleistet ein hohes Qualifikationsniveau und läßt den Schülerinnen und Schülern zugleich Spielraum hinsichtlich des angestrebten Abschlusses. In der Gesamtschule gilt das Prinzip "Fördern statt Auslesen". Soziales Lernen im Team wird großgeschrieben.

Wir haben seit 1985 13 Gesamtschulen errichtet. Die große Nachfrage der Eltern und die Akzeptanz bei den Schülern und Schülerinnen beweisen, daß die Entscheidung auch im Hinblick auf die Oberstufe richtig war und der Weg konsequent weiterverfolgt werden muß. Die flächendeckende Einrichtung von Gesamtschulen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß immer noch in einigen Fällen das Los wegen zu starker Nachfrage entscheiden muß. Hier bleibt Handlungsbedarf.

Betreuungsangebote als Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die grundlegende Straffung innerhalb der Schulformen muß begleitet werden von dem sinnvollen Ausbau ergänzender Angebote, insbesondere im Bereich der Betreuung der Kinder außerhalb des Schulunterrichts.

Zu den in den letzten Jahren eingerichteten Angeboten ganztägiger Betreuung in Grund- und Gesamtschulen müssen weitere kommen, um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit stärker zu gewährleisten. Betreuungsangebote tragen wesentlich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei. Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik.

Hohe Akzeptanz haben gerade deswegen die in jüngerer Vergangenheit eingerichteten betreuenden Halbtagsgrundschulen erfahren. Hier wird eine Betreuung der Kinder außerhalb des eigentlichen Schulunterrichtes bis zum frühen Nachmittag sichergestellt.

War dieses Konzept zunächst nur als Modellversuch geplant, hat die große Nachfrage nach einer die Grundschule begleitenden Betreuung der Kinder schon nach kurzer Erprobung dazu geführt, daß die Landesregierung in Übereinstimmung mit den Zielen sozialdemokratischer Politik den weiteren Ausbau dieses Betreuungsangebotes forcieren wird.

Integration behinderteter Kinder

Unser besonderes Augenmerk gilt der Integration behinderteter Kinder und Jugendlicher. 1986 wurden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, behinderte und nichtbehinderte Kinder zusammen zu unterrichten. Mit inzwischen über 400 realisierten Fördermaßnahmen gewährleisten wir, daß behinderte Schülerinnen und Schüler überall dort, wo es sinnvoll ist, gemeinsam mit nichtbehinderten Kindern die Regelschule besuchen können.

Unsere behinderten Mitmenschen nicht auszugrenzen, sondern ihnen eine Perspektive zu eröffnen und sie in unser gemeinsames Leben zu integrieren, ist ein wichtiger Bestandteil sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik.

Soziale und kulturelle Kompetenz als wesentliche Bildungsinhalte

Fachliche Qualifikation und Leistung sind notwendige, aber bei weitem nicht einzige Faktoren gesellschaftlicher Kompetenz. Gerade Bildung kann sich nach sozialdemokratischem Verständnis nicht in der Vermittlung fachlicher Qualifizierung und Leistung erschöpfen, sondern muß soziale und kulturelle Komponenten als wichtige Bestandteile umfassenden Lernens einschließen.

Veränderte gesellschaftliche Situationen erfordern verstärkte Anstrengungen der Schule, Defizite in diesen Bereichen auszugleichen oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Die schnelle Entwicklung der Medienlandschaft mit ihrem immer prägenderen Einfluß auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, veränderte soziale Gegebenheiten und hohe allgemeine Standards stellen gerade die Schulen vor neue Aufgaben.

Schule muß daher mehr leisten als die Vermittlung rein fachlichen Wissens. Sie muß den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten, sich mit den an sie gestellten sozialen Ansprüchen auseinanderzusetzen und ihnen Wege zeigen, sie zu bewältigen.

Die Landesregierung hat frühzeitig auf diese Situation reagiert und die Schule in die Lage versetzt, sich den gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen. Hierzu trägt die von der SPD Saar seit langem geforderte und von der Landesregierung verwirklichte Öffnung der Schulen für vielgestaltige gesellschaftliche Aktivitäten außerhalb des formalen Unterrichts erheblich bei. Soziale und kulturelle Inhalte haben einen hohen Stellenwert in den Lehrplänen aller Schulen. In den kommenden Jahren wird das Bemühen um die Vermittlung sozialer Kompetenzen verstärkt werden müssen.

Besonderes Gewicht genießt unter diesem Aspekt etwa die Friedenserziehung. Im Saarland sind 6 Schulen als UNESCO-Modell bzw. Projektschulen anerkannt. Seit Januar 1994 läuft an saarländischen Schulen ein bundesweit einmaliger Modellversuch zum Abbau von "Gewalt in der Erziehung".

Umwelterziehung ist fächerübergreifendes Erziehungsprinzip; der Kontakt zur Umwelt wird für die Schüler erfahrbar gemacht z.B. bei der Anlage eines Schulgartens. Mittlerweile verfügen 237 Schulen über einen solchen Garten. Dies sind 55% aller allgemeinbildenden Schulen.

Schule kann und muß dazu beitragen, den kritischen Umgang mit Medien in jeder Form zu fördern. Für die Kinder sind insbesondere elektronische Medien allgegenwärtig, dennoch bedarf die kritische Auseinandersetzung mit ihren Formen und Inhalten kompetenter Anleitung.

Für die SPD Saar ist Medienerziehung in der Schule wichtiger Bestandteil umfassender Bildung. Sie hat daher ihren festen Platz in den Lehrplänen; die Schüler und Schülerinnen werden angeregt, nicht lediglich kritiklos zu konsumieren, sondern aktiv zu gestalten. So hat das Projekt "Offener Kanal in Schulen" zahlreichen Schüler/innen den Zugang zur Arbeit mit Hörfunk und Fernsehen eröffnet. Derartige Projekte werden auch in Zukunft weitergeführt und wegen ihrer guten Erfolge ausgebaut werden müssen.

Medienerziehung nach sozialdemokratischem Verständnis wäre allerdings unvollständig, würde sie nicht auch traditionelle Kulturtechniken wie Lesen oder das Theater fördern: 1986 gab es nur etwa 10 Lesungen an saarländischen Schulen. In Zusammenarbeit mit dem Friedrich-Bödecker-Kreis konnten sie auf bereits über 250 erhöht werden.

Abgerundet wird dieses Konzept durch vielfältige Anregungen zu kreativem Arbeiten in und außerhalb des Unterrichts. So kümmern sich mittlerweile vier hauptamtliche Theaterpädagoginnen im Theaterpädagogischen Zentrum darum, Schülern und Schülerinnen die Welt des Theaters nahezubringen und durch aktive Gestaltung ihre musischen Fähigkeiten zu entwickeln.

An den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler orientierter Unterricht muß schließlich auch die sportliche Betätigung fördern. Eine Forderung der SPD Saar, nämlich den Schulsport auszubauen, hat die Landesregierung umgesetzt. Die 3. Sportstunde an den allgemeinen Schulen ist nun strukturell gesichert. Den Lehrkräften an den Grundschulen wurde die Möglichkeit eröffnet, sich in einem 120 Stunden umfassenden Lehrgang entsprechend zu qualifizieren.

Besonderes Gewicht hat die Kooperation von Schule und Sportvereinen. Mit dem sogenannten Öffnungserlaß und z.B der Kampagne "Mehr Spaß am Sport" wurden die Verbindungen intensiviert und Schülerinnen und Schülern verstärkte Anregungen zu aktiver Freizeitgestaltung gegeben. Die Einrichtung regelmäßiger Sportfeste im Saar-Lor-Lux-Raum läßt sportlichen Begegnungen über die Grenze hinweg Raum.

Verbesserung der beruflichen Bildung

Ebenso wie die allgemeinbildenden Schulen müssen die berufsbildenden Einrichtungen an veränderte Rahmenbedingungen angepaßt werden. Hierzu ist es notwendig, das berufliche Bildungsangebot in seiner Vielfalt zu sichern und qualitativ weiter zu verbessern. Gestiegene Anforderungen an die fachliche Qualifikation, veränderte Berufsbilder und die Öffnung des Arbeitsmarktes in Europa machen besondere Anstrengungen notwendig, den Auszubildenden beste Chancen für ihre berufliche Zukunft zu sichern.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Einführung eines zweiten Berufsschultages bewährt. Die SPD Saar fordert allerdings, diese Maßnahme auch in den wenigen Bereichen umzusetzen, in denen die Innungen ihre Mitwirkung bislang verweigert haben.

Die Landesregierung hat darüber hinaus zahlreiche Anpassungen an die Erfordernisse moderner Berufsbildung vorgenommen. Insbesondere durch eine Vielzahl neuer Fach- und Höherer Berufsfachschulen wurden neue Berufsausbildungen vor allem im vollzeitschulischen Bereich erschlossen, die in engem Zusammenhang mit den Maßnahmen zum Strukturwandel im Saarland und den Anforderungen an einen europäischen Markt stehen. Qualifizierte attraktive Berufsbildung wird deshalb auch von immer mehr Abiturienten und Fachhochschülern als Alternative zum Studium gewählt.

Demokratisierung der Schulen

Die Schule hat einen wichtigen Auftrag in der Einübung demokratischen Verhaltens und demokratischer Spielregeln. Insbesondere müssen die Schülerinnen und Schüler erfahren können, daß sie mit demokratischem und gesellschaftlichem Engagement etwas bewirken können. Deshalb wollen wir das Schulmitbestimmungsgesetz so ändern, daß Schüler, Eltern und Lehrer in den Schulkonferenzen der weiterführenden Schulen mit der gleichen Zahl an Sitzen vertreten sind.

Die Schülervertretungen müssen für ihre Arbeit besser ausgebildet werden und mehr finanzielle Unterstützung erhalten.

Erleben der Kultur des Nachbarn als Beitrag zur europäischen Integration

Die Lage des Saarlandes in Europa hat schon immer besondere Aufgeschlossenheit der Saarländerinnen und Saarländer im Umgang mit unseren europäischen Nachbarn mit sich gebracht. Das Zusammenwachsen Europas schafft nicht nur die Notwendigkeit, die Sprachen der Nachbarn zu beherrschen, sondern auch deren Kultur kennen und verstehen zu lernen. Nicht zuletzt an der Erfüllung dieser Aufgabe muß sich unsere Bildungspolitik messen lassen.

Neben dem Angebot, schon im Kindergarten spielerisch Französisch zu lernen, haben wir als erstes Bundesland Französischunterricht für alle Grundschüler/innen in den Klassenstufe 3 und 4 verbindlich eingeführt. Parallel hierzu wurde das Fremdsprachenangebot in den Berufsschulen erheblich ausgeweitet.

Heute schon haben Berufsschüler/innen der Büroberufe flächendeckend Unterricht in Fremdsprachen; auf freiwilliger Basis erhalten Schülerinnen und Schüler der kaufmännischen Berufe und erstmalig auch der Berufsfelder im technisch-gewerblichen Bereich die Möglichkeit, Fremdsprachen in der Berufsschule zu erlernen.

In Anbetracht der Tatsache, daß ein Europa ohne Grenzen nicht vorstellbar ist ohne die Fähigkeit der Europäer, miteinander zu reden, müssen diese Angebote zügig weiter ausgebaut werden.

Weiter ausgebaut werden müssen auch die schulischen Kontakte. Daher hat die Landesregierung zum einen Austauschmaßnahmen - z.B. Schulpartnerschaften - großzügig gefördert. Zur Zeit bestehen rund 400 solcher Partnerschaften, an der sich jährlich 15.000 Schülerinnen und Schüler und 1500 Lehrerinnen und Lehrer beteiligen. Zum anderen wird das gegenseitige Kennenlernen auch durch enge schulische Zusammenarbeit vor allem mit französischen Nachbarn gewährleistet.

So bestehen erfolgreiche grenzüberschreitende Kooperationen mit Lothringen. Französische Lehrer werden in Deutschland unterrichten, ihre saarländischen Kollegen im grenznahen Frankreich, so daß die Schülerinnen und Schüler beider Länder über die bloße Vermittlung sprachlicher Fertigkeiten einen unmittelbaren Einblick in den Alltag des Nachbarn erhalten können.

Über den bloßen Fremdsprachenunterricht hinaus wird verstärkte Zweisprachigkeit bei gleichzeitiger Vermittlung interkultureller Inhalte großgeschrieben. Versuche mit bilinguaem Unterricht gibt es z.B. in Merzig, Saarlouis, St.Ingbert, Illingen und Gersheim.

Damit hat die Landesregierung die Weichen dafür gestellt, daß die Absolventen des saarländischen Bildungssystemes beste Chancen haben, in einem europäischen Arbeitsmarkt zu bestehen.

Perspektiven für die Entwicklung unserer Hochschulen

Die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen, die Ausbildung qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses und die wissenschaftliche Weiterbildung von Führungskräften in Wirtschaft und Gesellschaft tragen entscheidend zur Gestaltung der Zukunft bei.

Unsere Hochschulen sind gut ausgestattet. 1990 wurde erstmals eine Technische Fakultät an der Universität mit den Fachbereichen Informatik, Werkstoffwissenschaften sowie Fertigungstechnik und Elektrotechnik eingerichtet. Zugleich wurde die Hochschule für Technik und Wirtschaft erweitert. Neben der starken anwendungsbezogenen Öffnung ist vor allem auch die grenzüberschreitende Ausrichtung Schwerpunkt der saarländischen Hochschulen.

Die Hochschulpolitik im Saarland wird auch in Zukunft darauf hinarbeiten, daß

- die Hochschulen ihren Aufgaben entsprechend weiterhin angemessen ausgestattet und die vorhandenen Ressourcen stärker auf profilgebende Forschungs- und Ausbildungsschwerpunkte konzentriert werden,
- die bestehenden Ausbildungsschwerpunkte innerhalb und außerhalb der Hochschulen intensiviert und enger verknüpft werden,
- die Hochschul- und Studienstrukturreform durchgeführt wird zur Verbesserung der Lehre, Verkürzung der Studienzeit, Anpassung von Studiengängen an die Anforderungen des Arbeitsmarktes und zur Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses,

- die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich in Verbindung mit dem Ausbau integrierter europäischer Studiengänge und der Stärkung der Fremdsprachenkompetenz in allen Ausbildungsbereichen ausgedehnt wird.

Wichtige normative Voraussetzung zur Hochschul- und Studienreform sind mit den 1994 verabschiedeten Änderungsgesetzen für die saarländischen Hochschulen geschaffen worden. Die Maßnahmen zielten in erster Linie auf Steigerung der Effizienz durch Studienzeitverkürzung, Qualitätsverbesserung der Lehre, Hochschulzulassung für besonders befähigte Berufstätige sowie verbesserter Voraussetzungen zur Promotion von Fachhochschulabsolventen.

Die Einführung von "Lehrberichten" wird dazu beitragen, die Organisation des Lehrbetriebs und die Leistungen in der Lehre einer systematischen Selbstüberwachung und Evaluation zugänglich zu machen und damit im Hinblick auf die wissenschaftlichen und beruflichen Anforderungen an die Hochschulausbildung konstruktiv weiterzuentwickeln.

Die Forderung nach der Einhaltung der Regelstudienzeiten setzt zunächst die Schaffung hochschulinterner Bedingungen für ein zügiges und effizientes Studium voraus. Als eines der wichtigsten Instrumente zur Verbesserung dieser Voraussetzungen sehen wir die Einführung qualitätsorientierter Mittelverteilung an der Universität.

Geplant ist weiterhin, eine Verordnung über die Studienberechtigung von Berufstätigen ohne allgemeine Hochschulreife zu erlassen, durch die der beruflichen Bildung ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

VIII. In Solidarität zueinander

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest: Ohne soziale Gerechtigkeit und Solidarität sind weder Menschenwürde noch Demokratie, weder Freiheit noch innerer Frieden möglich. Deshalb ist uns besonders wichtig, daß

- die Menschen Arbeit haben,
- sie bei Krankheit, im Alter und bei Pflegebedürftigkeit gesichert sind,
- Familien mit Kindern in einer familien- und kinderfreundlichen Umgebung leben können,
- Frauen und Männer die gleichen Chancen in Beruf und Gesellschaft haben.

Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit verwalten

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen war zentrales Thema unserer Politik der vergangenen zwei Legislaturperioden. Nach dem weitgehenden Rückzug der Bundesregierung aus der aktiven Beschäftigungspolitik ist das Saarland zunehmend stärker in die Arbeitsmarktpolitik eingestiegen. Allein durch die arbeitsmarktpolitischen Programme des Landes wurden 1993 über 5.300 Personen beschäftigt oder qualifiziert, um so ihre Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben zudem gezeigt, daß selbst bei einer durchgreifenden konjunkturellen Erholung der Sockel an Arbeitslosigkeit nicht abgebaut wird.

Der öffentlich geförderte Arbeitsmarkt muß daher ausgeweitet und verstetigt werden. Dadurch wird eine Beschäftigungsbrücke hin zu neuen wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen entstehen. Bisher arbeitslose Menschen erhalten so die Chance, sich bei angemessener Bezahlung und beruflicher Qualifizierung auf neue Arbeitsverhältnisse vorzubereiten.

Die Arbeitsmarktpolitik im Lande muß sich nach der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung in dem vom Bund vorgegebenen Rahmen bewegen. Die verantwortlichen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Saar haben aber versucht, dem gerade in der Arbeitsmarktpolitik von der Bundesregierung betriebenen massiven Sozialabbau mit allen Mitteln entgegenzusteuern.

So haben wir mit der in diesem Jahr begonnenen "SaarAktion für Beschäftigung und Qualifizierung" initiiert, alle vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Ansätze zu einer landesweiten Aktion für mehr Beschäftigung und berufliche Qualifizierung zu bündeln. Dabei sind zusätzliche, auf den Arbeitsmarkt und die Bedürfnisse der Menschen an der Saar zugeschnittene innovative Ansätze entwickelt und neue arbeitsmarktpolitische Akzente gesetzt worden.

Dadurch sollen zusätzlich 1.000 bis 1.500 Menschen Arbeit finden, so daß in diesem Jahr mit 7.000 bis 7.500 Personen mehr als je zuvor durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Landes gefördert werden.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit junger Menschen unter 25 Jahren. Die Umbrüche dieser Zeit treffen Jugendliche und junge Erwachsene in besonderer Weise. Sie fragen nach ihrer beruflichen Perspektive und nach der Sicherung ihres Arbeitsplatzes. In den arbeitsmarktpolitischen Programmen des Landes findet diese Zielgruppe vorrangig Berücksichtigung.

So soll z.B. mit Hilfe eines neuen Programms Jugendlichen und jungen Sozialhilfeempfängern und Sozialhilfeempfängerinnen, die keinen Zugang zu einer Berufsausbildung gefunden haben, die berufliche Erstausbildung ermöglicht werden.

Aber auch die Tarifpartner sind in dieser Frage besonders gefordert: Wir brauchen eine Offensive für mehr Ausbildungsplätze. Die Übernahme aller Ausgebildeten für mindestens 6 Monate - wie in den Tarifverträgen der metallverarbeitenden Industrie und im öffentlichen Dienst vereinbart - ist für uns ein Schritt in die richtige Richtung.

Unserer besonderen Solidarität bedürfen auch ältere Arbeitslose und Langzeitarbeitslose, die Sozialhilfe beziehen und nur geringe Einstellungschancen haben. Für sie haben Kreise und Stadtverband zusätzliche Programme aufgelegt, die den Betrieben bei Abschluß eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses einen Lohnkostenzuschuß gewähren. Die zur Umsetzung notwendige personelle Verstärkung wird vom Land gefördert.

Saarländische Arbeitsmarktpolitik versucht darüber hinaus, der Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch besondere Förderung entgegenzuwirken.

Eine wichtige Investition in sichere, qualifizierte Arbeitsplätze ist in diesem Jahr mit der Verabschiedung des Saarländischen Altenpflegeausbildungsgesetzes vorgenommen worden. Die Altenpflege wird aufgrund des steigenden Anteils älterer Menschen ein zukunftssträchtiges Berufsfeld im Dienstleistungsbereich werden. In den nächsten Jahren ist nach vorsichtiger Schätzung mit mindestens 800 neuen Arbeitsplätzen im Saarland zu rechnen. Durch die Verbesserung und Verlängerung der Ausbildung und die Steigerung der Ausbildungskapazität haben wir dafür gesorgt, daß genügend qualifizierte Kräfte im Lande zur Verfügung stehen werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird auch künftig Garant einer engagierten, kooperativen Arbeitsmarktpolitik sein. Im Zusammenwirken

mit einer SPD-geführten Bundesregierung wird sie für die unverzügliche Wiedereinführung der bewährten, ebenfalls dem Sozialabbau der Kohl-Regierung zum Opfer gefallenem Schlechtwettergeld-Regelung in der Bauwirtschaft sorgen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Junge Frauen sind heute genauso gut ausgebildet wie Männer. Immer mehr von ihnen wollen dauerhaft einen Beruf ausüben. Ihre berufliche Qualifikation wird aber nach der Familiengründung oft vollständig entwertet. Mütter und Väter können Beruf und Familie nur unter großen Nachteilen miteinander in Einklang bringen. Das muß in einer solidarischen Gesellschaft überwunden werden.

Notwendig ist hierfür ein Bewußtseinswandel in der Gesellschaft, den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit herbeiführen. Dazu bedarf es vor allem praktischer Schritte wie z.B. unserer Kampagne "Gärten für den ganzen Tag". Sie war ein voller Erfolg:

- Während in vielen Bundesländern heftig darüber gestritten wird, ob der ab 1996 geltende Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz überhaupt erfüllt werden kann, hat das Saarland bereits heute mit über 32.000 Kindergartenplätzen eine Versorgungsquote von 96 % (bei 3 Altersjahrgängen). Es steht damit bundesweit an der Spitze.
- Die Zahl der Tagesplätze in Kindergärten konnte seit 1985 mehr als vervierfacht werden (mittlerweile über 2.200).
- Das Angebot an Krippen (für Kinder unter 3 Jahre) wurde verfünffacht, das der Horte (Tagesbetreuung für Schülerinnen und Schüler) nahezu verdoppelt.

Auch im schulischen Bereich ist etwas dafür getan worden, Familie und Beruf zu vereinbaren: Es gibt inzwischen 6 betreuende Grundschulen, 3 Ganztagesgrundschulen und 1 Ganztagesgesamtschule.

Für viele Frauen ist es dadurch schon etwas leichter geworden, familiären und beruflichen Anforderungen gerecht zu werden. Die Frauenerwerbsquote ist auf fast 50% gestiegen.

Eine von der SPD-geführte Landesregierung wird diese Politik auch in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen. Das Angebot an ganztägiger Betreuung wird gerade in Anbetracht der wachsenden Zahl alleinerziehender Mütter und Väter erweitert werden müssen. Im übrigen bedeuten die guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch für den Wirtschaftsstandort Saar ein beachtliches Plus.

Auch die Arbeitsmarktpolitik des Landes ist darauf ausgerichtet worden, Müttern und Vätern die Verbindung von familiärer und beruflicher Tätigkeit zu ermöglichen bzw. zu erleichtern.

So wurde in diesem Jahr z.B. ein neues Programm zur Förderung dringend erforderlicher sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse im ländlichen Raum aufgelegt. Gefördert wird dabei die unbefristete Beschäftigung von Frauen oder Männern, die wegen der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen an einer Vollzeittätigkeit gehindert sind. Seit langem gibt es andere Programme, die Frauen (und Männern) nach der Familienphase die Rückkehr in das Erwerbsleben ermöglichen sollen.

Mehr Rechte für die Frauen

Die SPD ist die Partei, die sich seit ihrem Bestehen auch immer für die Rechte der Frauen eingesetzt hat. Auch heute ist die jahrhundertelange Benachteiligung der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen noch nicht abgebaut. Es sind besondere Maßnahmen erforderlich auf allen Ebenen, um den Frauen eine gleichberechtigte und gleichgewichtige Teilhabe an den zentralen gesellschaftlichen Aufgaben, in der Politik und im Erwerbsleben zu sichern.

Auf der Bundesebene hat die CDU/CSU/FDP-Regierung versagt und die erforderlichen Rahmenbedingungen nicht geschaffen.

Im Land hingegen haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in 10 Jahren Regierungsverantwortung viel auf den Weg gebracht. Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe hat vieles zum Positiven gewendet.

Die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind im Saarland trotz angespannter Haushaltslage systematisch ausgebaut worden. In der Arbeitsmarktpolitik, bei den Förderprogrammen der Europäischen Union, bei den Zugangschancen junger Frauen zum Beruf, in der Jugendpolitik und in der Schul- und Bildungspolitik wurden die Möglichkeiten zu einer aktiven Frauenförderung genutzt.

Diese Politik werden wir fortführen. Wir wollen in den nächsten 5 Jahren die rechtlichen Voraussetzungen für eine aktive Frauenpolitik verbessern. Dazu werden wir erneut Änderungen der Artikel 12, 22 und 23 in der saarländischen Verfassung einbringen. Nachdem im Art. 3 des Grundgesetzes gegen den anfänglichen Widerstand von CDU und CSU die Möglichkeiten für eine aktive Frauenförderung verbessert wurden,

werden wir auch für das Land ein Gleichstellungsgesetz einbringen, das sich an den Eckpunkten des von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachten Gleichstellungsgesetzes orientiert.

Vor der Regierungsübernahme 1985 gab es im Saarland keine Möglichkeit, einen Schwangerschaftsabbruch ambulant durchführen zu lassen. Die SPD-Landesregierung hat hierfür erst die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen und sichert ein plurales Angebot an Beratungsstellen im Saarland.

Die SPD-regierten Länder haben das von CDU/CSU und FDP eingebrachte Gesetz zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs abgelehnt, weil die Spielräume, die das Karlsruher Urteil dem Gesetzgeber gegeben hat, nicht für, sondern gegen die Frauen genutzt worden ist. Eine SPD-geführte Landesregierung wird auch weiterhin Initiativen im Bundesrat unterstützen, die die vorhandenen Spielräume für die Frauen nutzt. Wir wollen eine ergebnisoffene Beratung, wir wollen das Letztentscheidungsrecht der Frau, und wir wollen ein Bundesleistungsgesetz, damit bedürftigen Frauen der Weg zum örtlichen Sozialamt erspart bleibt. Für die Dauer der Übergangsregelung hat das Land eine zentrale Anlaufstelle beim Landesamt für Soziales und Versorgung eingerichtet.

Wir wollen Frauen helfen, ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung zu sichern. Wir haben daher zusammen mit den kommunalen Gebietskörperschaften und den Trägern Beratungs- und Hilfsangebote gesichert und ausgebaut, wie z.B. die Notrufgruppe für vergewaltigte Frauen oder NELE, oder die Frauenhäuser in fast allen Landkreisen. Diese Beratungs- und Hilfsangebote werden auch in Zukunft notwendig sein. Deshalb wollen wir unsere bisherige Förderung fortsetzen.

Notwendig ist aber auch, der Gewalt gegen Frauen vorzubeugen, d.h. die Ursachen zu bekämpfen. Die dafür notwendigen Maßnahmen werden wir im Bundesrat auch weiterhin unterstützen oder eigene Initiativen einbringen.

Darüber hinaus fördert das Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales Vereine und Organisationen sowie Projekte im ländlichen Bereich und hat mit Veröffentlichungen und Kampagnen zur Sensibilisierung im Land beigetragen. Jüngste Beispiele sind die am internationalen Frauentag 1994 gestartete Gleichstellungskampagne und der ab 1994 jährlich zu vergebende Gleichstellungspreis "Äquitas".

Für eine familienfreundliche Gesellschaft

Familien als Lebensgemeinschaften von Erwachsenen mit Kindern prägen weitgehend den Lebensweg jedes Menschen. Sie entscheiden mit über seine Entwicklungschancen. Wir wollen Familien schützen und fördern, Benachteiligungen abbauen und materielle Belastungen ausgleichen. Alleinerziehende, Familien mit kranken oder behinderten Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen tragen große Lasten; sie brauchen besondere Hilfen.

Das unsoziale, bürokratische und undurchschaubare System des derzeitigen Kinderleistungsausgleichs hat die Wohlstandsschere zwischen Kinderlosen und den Familien immer weiter zu Lasten der Familien geöffnet. In Deutschland werden Kinder immer mehr zu einem Armutsrisiko. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt kritisiert, daß die Familien mit Kindern in verfassungswidriger Weise zu hoch besteuert werden. Es hat klargemacht, daß das Existenzminimum von Steuern freigestellt werden muß.

Die SPD Saar fordert, daß die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts unverzüglich umgesetzt werden. Die mit der Existenz von Kindern verbundenen Kosten sollen gerechter als bisher auf alle verteilt werden. Der allgemeine Kinderleistungsausgleich muß das Existenzminimum des Kindes sichern.

Er muß sich an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten orientieren und regelmäßig an ihre Entwicklung angepaßt werden. Dem Staat muß jedes Kind gleich viel wert sein. Deshalb fordern wir eine kräftige Erhöhung des Kindergeldes auf monatlich 250,- DM für jedes Kind.

Das ist ein erster entscheidender Schritt zu einem gerechteren Kinderleistungsausgleich. Dadurch wird sich vor allem die Lage der Familien mit kleinen und mittleren Einkommen spürbar verbessern. Ab dem 4. Kind sollen die Familien mit zusätzlich 100,- DM im Monat unterstützt werden. Diese Reform ist aufkommensneutral zu finanzieren: durch Ersetzung der ungerechten steuerlichen Kinderfreibeträge, bei denen Spitzenverdiener fast dreimal besser abschneiden als geringverdienende Familien.

Gerade Familien mit Kindern brauchen ausreichenden, bezahlbaren Wohnraum. Wir haben deshalb in diesem Jahr ein Intensivprogramm zum Bau von Mietwohnungen beschlossen. Das Programm erstreckt sich auf die saarländischen Städte, die mit besonderen Problemen am Wohnungsmarkt konfrontiert sind.

Es handelt sich dabei um Saarbrücken, Neunkirchen, Saarlouis, Völklingen und St. Ingbert. Gerade in diesen Städten mangelt es an preiswertem, besonders für junge Familien noch bezahlbarem Wohnraum. Mit diesem zusätzlichen 35 Millionen-DM-Programm soll der Bau von zusammen 600 Wohnungen ermöglicht werden.

Im sozialen Wohnungsbau insgesamt ist es gelungen, den Mitteleinsatz seit 1990 nochmals deutlich zu erhöhen. Konnten 1990 erst 1.044 Wohnungen gefördert werden, so waren es 1993 bereits 1.592 Wohnungen. Im Zeitraum 1990 bis 1994 kann voraussichtlich der Bau von insgesamt knapp 6.700 Wohnungen gefördert werden. Nicht zuletzt aufgrund unserer Förderung im sozialen Wohnungsbau ist die Lage am Wohnungsmarkt im Saarland im Vergleich mit anderen Verdichtungsräumen noch relativ günstig.

Saarland - Kinderland

Eine Politik für Kinder darf sich nicht in familienpolitischen Maßnahmen erschöpfen. Kinder sind nicht nur Angehörige einer Familie. Kinderpolitik muß viel mehr auch die Bedürfnisse, Interessen und Rechte von Kindern im öffentlichen Leben berücksichtigen. In einer Zeit, in der Kinder zunehmend zu passivem Konsum durch Video- und Computerspiele animiert werden, sind Spiel- und Freiräume für Kinder und Jugendliche besonders wichtig.

Die in 1986 ins Leben gerufene Aktion "Saarland-Kinderland" soll dies bewußt machen und durch gelungene Beispiele alle, die mit und für Kinder arbeiten, neu motivieren und zu verstärkten Eigeninitiativen anregen.

Ausstellungen über und von Kindern, Aktionen und Veranstaltungen für Kinder und Eltern, Fortbildung für pädagogisches Fachpersonal sowie finanzielle Hilfe und Beratung bei der Gestaltung von Frei- und Spielräumen sind kinderpolitische Schwerpunkte von Saarland-Kinderland.

Wir werden dafür sorgen, daß Kinder künftig auch im direkten Wohnumfeld wieder mehr spielen können. Spielstraßen sollen stärker und besser als Freiräume genutzt werden können.

Jugendliche: nicht nur Chancen geben, sondern Rechte erfüllen

Immer mehr Jugendliche werden an den Rand der Gesellschaft gedrückt. Sie selbst haben das Gefühl, nicht mehr in dieser Gesellschaft erwünscht zu sein. Die soziale Not ihrer Eltern steht der eigenen Entwicklung entgegen. Längst haben viele nicht nur keine Chance, Menschenrechte sind in ihrem Wesen angegriffen.

Nicht nur die soziale, auch die ökologische Entwicklung geht besonders zu Lasten der jüngeren Generation. Immer noch wird die Natur zu Lasten der nachfolgenden Generationen ausgebeutet. Deshalb müssen Jugendliche viel stärker in soziale und wirtschaftliche Entscheidungen einbezogen werden. Sie sind schon jetzt überdurchschnittlich interessiert und informiert. Ihre Interessen müssen als gleichberechtigt anerkannt werden, die Politik darf nicht nur über Jugendliche reden, sondern mit ihnen.

In sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurden die Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendarbeit stetig verbessert. Insbesondere Projekte mit innovativem Charakter werden im Saarland vorbildlich gefördert. Mit der Novellierung des Gesetzes zur Kinder- und Jugendarbeit haben wir trotz Haushaltsnotlage die Fördersätze für Bildungsmaßnahmen und Mitarbeiterfortbildungen verdoppelt sowie die Ausstattung der Jugendverbände erheblich verbessert.

In den nächsten Jahren wollen wir die Jugendgruppen, -initiativen und -verbände weiter stärken. Insbesondere die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen unsere volle Unterstützung. Die im Bereich der Heimunterbringung in der Jugendhilfe eingesparten Landesmittel werden für präventive

Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit eingesetzt. Ziel muß es sein, weniger Geld für stationäre Maßnahmen der Jugendhilfe und mehr für vorbeugende Maßnahmen und außerschulische Kinder- und Jugendarbeit auszugeben.

Souverän älter werden

In unserer Gesellschaft leben immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen. Im Jahr 2000 werden ca. 25% aller Saarländerinnen und Saarländer 60 Jahre und älter sein. Gewohnte Altersbilder erweisen sich als überholt. Ältere Menschen sind heute materiell besser gesichert als früher. Sie sind gesünder, aktiver und selbstbewußter.

Unsere Politik ist darauf gerichtet, die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit älterer Menschen zu unterstützen und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Gleichzeitig wollen wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß ältere Menschen ihre Fähigkeiten solidarisch einsetzen können.

Wir unterstützen daher ihren Wunsch, daß sie solange wie möglich in ihrer vertrauten häuslichen Umgebung bleiben können. Hierzu leisten insbesondere die Familienangehörigen einen erheblichen Beitrag.

Aber auch alle Angebote der Altenkultur und konkrete Hilfen, wie sie etwa in den 31 Sozialstationen und 29 Mobilen Sozialen Diensten zur Verfügung stehen, die im Saarland ein flächendeckendes Netz der Hilfe bieten, sollen dies ermöglichen. Auch nach Einführung der Pflegeversicherung werden wir diese ambulanten Hilfen weiter fördern und bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Zukunftsweisend ist das neue Angebot zur Tages- und Kurzzeitpflege. Diese wird im Rahmen freier Plätze in 67 Alten- und Pflegeheimen angeboten. 31 Einrichtungen halten gesonderte Plätze für Kurzzeitpflege vor bzw. werden als selbständige Einrichtungen ohne Anbindung an ein Heim betrieben.

Im Landkreis Saarlouis wurden in einem Modellprojekt 4 Gästehäuser für die Tages- und Kurzzeitpflege eingerichtet. In den Gästehäusern können Menschen gepflegt werden, die nur vorübergehend Hilfe brauchen. Damit werden Heim- und Krankenhausaufenthalte vermieden und pflegende Angehörige entlastet, die dann auch einmal Urlaub machen können.

Wir sind stolz darauf, das bei uns im Saarland verglichen mit anderen Bundesländern die wenigsten alten Menschen in Heimen leben. Daran sieht man, daß die Familien hier noch fester zusammenhalten. Wir werden dies mit unserer Politik weiter unterstützen.

Dennoch wird die Situation vieler alter Menschen es immer notwendig machen, auch Pflege in Pflegeheimen anzubieten. Zur Weiterentwicklung der Heime entlang der Leitlinien unserer Altenpolitik, haben wir modellhaft in Neunkirchen und Marpingen Seniorenzentren gefördert, in denen neue Organisationsformen der Altenpflege erprobt werden. Es geht insbesondere darum, die Heime zu öffnen und mit ambulanten Angeboten und Formen des betreuten Wohnens und der Selbsthilfe zu verzahnen.

Pflegebedürftigkeit nach einem Krankenhausaufenthalt darf nicht automatisch dazu führen, daß alte Menschen in ein Heim überwechseln müssen. Deswegen gibt es mittlerweile wohnortnah in allen Landkreisen geriatrische Rehabilitationszentren.



Diese Souveränität der alten Menschen hängt jedoch nicht nur davon ab, ob angemessene Hilfsangebote zur Verfügung stehen. Genauso wichtig ist, daß sie ein hinreichendes Einkommen besitzen und gegen die wesentlichen Risiken des Lebens abgesichert sind, ohne auf Sozialhilfe angewiesen zu sein.

Auf Bundesebene fordern wir deshalb, daß der Generationenvertrag und die Grundlagen der sozialen Sicherung nicht immer wieder in Frage gestellt werden. Auch hier ist Solidarität gefragt. Eine künftige sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird dafür sorgen, das Vertrauen der älteren Bürgerinnen und Bürger in unseren Sozialstaat wiederherzustellen. Ihre Aufgabe wird es sein, Altersarmut durch eine soziale Grundsicherung zu vermeiden und mehr Rentengerechtigkeit zwischen Männern und Frauen durchzusetzen.

Die SPD Saar begrüßt die Einführung der Pflegeversicherung zum 01.01.1995. Die soziale Absicherung dieses Lebensrisikos war überfällig. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß das neue Gesetz für die betroffenen Menschen angemessene Leistungen enthält.

Sie haben zugleich verhindert, daß es zur Verletzung der Tarifautonomie und des kollektiven Arbeits- und Tarifvertragsrechts mißbraucht wird, wie CDU/CSU und FDP dies wollten. Das Saarland geht gut gerüstet in die neue Ära der sozialen Sicherung. Das altenpolitische Engagement im Lande wird sich auch bei der Umsetzung der Pflegeversicherung bewähren.

Modernes Gesundheitswesen

Die Bürgerinnen und Bürger müssen im Krankheitsfall alle Leistungen erhalten, die sie zur Gesundung benötigen. Dieser Grundsatz steht für uns nicht zur Disposition.

Wir wollen, daß diese Leistungen auch künftig solidarisch finanziert werden und lehnen daher die Privatisierung von gesundheitlichen Risiken ab. Dem Gesundheitsstrukturgesetz des Bundes von 1993 haben wir über den Bundesrat eine sozialdemokratische Handschrift gegeben. Es hat die Ausgaben der Krankenversicherung stabilisiert und wird ab 1995 eine tiefgreifende Reform des Gesundheitswesens einleiten.

Im Saarland war die gesundheitspolitische Hauptaufgabe der letzten Jahre, eine bedarfsgerechte, bürgernahe, medizinisch gute Versorgung mit stationären und teilstationären Krankenhausleistungen zu gewährleisten, die sowohl für die Krankenkassen als auch für das Land finanzierbar ist.

Deshalb hat das Land die regionalen Ungleichgewichte bei der stationären Versorgung verringert, Bettenüberhänge abgebaut und eine wohnortnahe Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger sichergestellt.

Mit den damit eingeleiteten Maßnahmen leistete die Landesregierung einen spürbaren Beitrag zur Stabilisierung bzw. Absenkung der Krankenkassenbeiträge und der Lohnnebenkosten.

Nach dem Grundsatz der Wohnortnähe haben wir im Saarland die Psychiatrie reformiert. Zeitgleich mit dem Ausbau der ambulanten Hilfen wird die psychiatrische Betreuung und Pflege durch Einrichtung psychiatrischer Fachabteilungen an den Allgemeinkrankenhäusern in Neunkirchen, Saarlouis, St. Wendel und Merzig sichergestellt. Die Umsetzung der Reform wird 1998 abgeschlossen sein.

Hilfen für Drogenabhängige

Auch im Saarland sind heute über 1.000 zumeist jüngere Menschen abhängig von harten Drogen. Fast jeder Fünfte stirbt daran. HIV-Infektionen und andere Krankheitsrisiken, Verwahrlosung und menschliches Elend gehören zu den Folgen. Beschaffungs- und Begleitkriminalität nehmen zu und richten immense gesellschaftliche Schäden an.

Die rein repressive Drogenpolitik, an der viele Konservative heute noch festhalten, ist gescheitert. Wir setzen uns für eine neue Politik gegen Drogen ein.

Deswegen haben wir dafür gesorgt, die Hilfe für Drogenkranke zur Überwindung ihrer Abhängigkeit zu verbessern. Schwerpunkte des 1992 beschlossenen saarländischen Suchthilfeprogramms sind die Prävention, die Behandlung und die Rehabilitation.

In Umsetzung dieses Programms werden Drogenberatungsstellen wohnortnah im Stadtverband und in allen Landkreisen zur Verfügung stehen. Das Modell der Kompakttherapie, bei der nach der eigentlichen Entgiftungsphase eine Kurztherapie zur Motivation und Orientierung angeschlossen wird, hat sich bewährt und ist deshalb ausgeweitet worden. Ebenso ist die Zahl der Therapieplätze im Schaumberger Hof erweitert worden.

Das saarländische Methadonerprobungsprogramm, das in den vergangenen drei Jahren durchgeführt worden ist, hat gezeigt, daß Methadon für viele Drogenabhängige eine Ausstiegshilfe aus der Sucht ist. Die Lebensverhältnisse der Patienten, die an dem Erprobungsvorhaben teilgenommen haben, haben sich deutlich verbessert. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen sind gesundheitlich und psychisch stabiler, meiden Kriminalität und Beschaffungsprostitution und entwickeln wieder Zukunftsperspektiven.

Wir haben uns deshalb entschlossen, ein eigenes saarländisches Methadonprogramm zu initiieren. Zur wohnortnahen Versorgung sollen insgesamt 100 Plätze an 5 Standorten im Saarland eingerichtet werden.

An der Saar läßt sich sicher leben

Vielen Bürgerinnen und Bürger machen der Anstieg der Alltags- und Beschaffungskriminalität in Deutschland, die unverhohlene Gewaltverherrlichung und zunehmende Gewaltbereitschaft Sorge.

Die Landesregierung nimmt ihre Verantwortung für die innere Sicherheit in unserem Land ernst:

- Wir haben eine leistungsfähige Polizei. Im Saarland werden mehr Straftaten aufgeklärt als in den meisten Bundesländern.
- Wir haben eine im Verhältnis zu den anderen westlichen Flächenländern gute Personalausstattung sowie ein dichtes Polizeidienststellennetz.
- Das Saarland gehört zu den sichersten Bundesländern. Nur in drei anderen Bundesländern werden im Verhältnis zur Einwohnerzahl weniger Straftaten verübt. In diesem Jahr sind die registrierten Straftaten wieder rückläufig.
- Wir brauchen gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die ihren Dienst bürger nah versehen können. Unsere Polizei braucht vernünftige und humane Arbeitsbedingungen. Wir haben deshalb die Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten der Polizeibeschäftigten erheblich verbessert.

- Die Polizei des Saarlandes hat eine moderne Organisationsstruktur. Wir haben die zuvor 23 Jahre unveränderte Organisationsstruktur für zukünftige Anforderungen gerechter gestrafft, flexibilisiert und eine engere Verzahnung der zuvor völlig separat arbeitenden Schutz- und Kriminalpolizei erreicht. Wir haben deshalb die Anstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten der Polizeibesetzten erheblich verbessert und für Baumaßnahmen in den letzten Jahren fast 120 Mio DM ausgegeben.
- Das Bild eines bürgernahen Dienstleistungsbetriebes Polizei haben wir durch eine Totalreform der Ausbildung junger Polizistinnen und Polizisten mit Schwerpunktlegung auf psychologische und soziale Kompetenz weiter vorangebracht.
- In den letzten Jahren hat die Landesregierung auch eine Vielzahl privater und behördlicher Träger zur Erhöhung der Verkehrssicherheit initiiert. Die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr ist von über 9.600 im Jahr 1990 auf den historischen Tiefstand von unter 6.700 Personen im Jahr 1993 zurückgegangen. Dies ist nicht zuletzt auch ein Erfolg des saarländischen Verkehrssicherheitskonzepts.

Auch in Zukunft wollen wir angesichts zu erwartender steigender Anforderungen der Bevölkerung an ihr Menschenrecht auf innere Sicherheit dafür Sorge tragen, daß allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrem Einkommen Sicherheit in gleichem Maße gewährt wird. Deshalb werden wir die Sicherheitsentwicklung und Sicherheitsbedürfnisse in unserem Saarland ständig analysieren und Polizei und Justiz ausstattungsmäßig in die Lage versetzen, ihren hohen Leistungsstandard auch in Zukunft zu halten.

Steigende Anforderungen im Sicherheitsbereich bedingen ein Höchstmaß an Qualifizierung der Polizeibesetzten. Wir sind bestrebt, das schon erreichte hohe Qualifikationsniveau noch weiter zu erhöhen.

Wir unterstützen die Bildung kriminal-präventiver Arbeitsweise in den Gemeinden. Sie können Ursachen von Kriminalität vor Ort erkennen und geeignete Wege zur Verhütung erarbeiten und durchsetzen.

Unter dem Zentraldach von EUROPOL muß im Saar-Lor-Lux-Raum eine noch engere, regional spürbarere Zusammenarbeit der lothringischen, luxemburgischen und saarländischen Polizeibehörden erfolgen. Deshalb soll mit unseren lothringischen und luxemburgischen Nachbarn die Einrichtung gemeinsamer polizeilicher Einheiten für spezifische, grenzüberschreitende Delikte geprüft werden.

Schutz unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger

Rechtsextremismus, Gewalt und Übergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer sowie gegen Minderheiten müssen wir entschlossen bekämpfen.

Die Landesregierung hat in ihrem Verantwortungsbereich bei Straftaten mit vermuteten ausländerfeindlichem oder rechtsextremistischem Hintergrund eine konzentrierte Ermittlung, höchstmögliche Beschleunigung und nachdrückliche Strafverfolgung sichergestellt. Auf Bundesebene fordern wir ein Verbot neonazistischer Verbände und Parteien. Die Leugnung des nationalsozialistischen Völkermordes muß unter Strafe gestellt werden.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parolen und Vorurteilen, der Schutz von Minderheiten im täglichen Leben kann nur erfolgreich sein, wenn Bürgerinnen und Bürger mit Zivilcourage und Engagement dagegen angehen. Dazu rufen wir auf.

Solidarität mit Behinderten

Menschen mit Behinderung sind in vielen Lebensbereichen benachteiligt. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Folgen der Behinderung weitestmöglich überwinden zu helfen. Auf Bundesebene fordern wir, das Behindertenrecht weiterzuentwickeln und in einem eigenen Buch des Sozialgesetzbuches zusammenzufassen. Wir treten auch dafür ein, ein Benachteiligungsverbot für Behinderte in das Grundgesetz aufzunehmen.

Im Saarland sind für Behinderte vorbildliche Einrichtungen geschaffen worden. Für ihre Integration in die Gesellschaft wird bei uns viel getan. Das fängt im Vorschulalter an. Die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern im Kindergarten ist mittlerweile flächendeckend möglich. Gemeinsames Spielen in der Regelgruppe ist für behinderte Kinder die optimale Förderung.

Auch im schulischen Bereich sind wir bei den Integrationsmaßnahmen im Vergleich mit anderen Bundesländern in der Spitzengruppe. Es bleibt unser Ziel, die Förderung von behinderten Kindern in Regelschulen weiter auszudehnen.

Vorbildlich ist auch die Beschäftigung behinderter Menschen im Landesdienst: Die gesetzlich vorgesehene Quote wird von uns deutlich überschritten.

IX. Lebendige Kulturlandschaft Saar

Der weitere Ausbau der kulturellen Attraktivität des Saarlandes ist ein wichtiges Ziel saarländischer Politik. Ein in der Breite wie in der Spitze attraktives Kulturland Saar ist Ausdruck von Teilhabe unserer Bürger am gesellschaftlichen Leben, Beleg für Leistungsbereitschaft und für ein lebens- und liebenswertes Saarland.

Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor für die Attraktivität unserer Region: für die hier lebenden Bürger, die durch die Teilnahme am kulturellen Geschehen ein Stück Lebensqualität erhalten, aber auch für die Darstellung der Region nach außen, deren kulturelle Leistungen von den Medien, auswärtigen Künstlern und Besuchern gewürdigt werden.

Kultur-Arbeit ist Bestandteil einer aktiven Gesellschaftspolitik. Menschen ohne kulturelle Bindungen und Werte laufen Gefahr, sich in dieser Gesellschaft zu verirren, werden entwurzelt. Politischen Krebsübeln wie Neo-Nazismus, Fremdenhaß und Minderheitenhaß kann durch kulturelle Auseinandersetzungen und Möglichkeiten aktiver kultureller Partizipation besonders bei jungen Menschen vorgebeugt und entgegengewirkt werden.

Die durch die überhandnehmende Medienberieselung und den verstärkten Videoeinsatz zunehmende Vereinzelung des Menschen kann durch das gemeinsame kulturelle Erlebnis abgebaut werden. Die zwischenmenschliche Kommunikation wird durch kulturelle Impulse gefördert.

Unsere Kulturpolitik zielt nicht auf ein elitäres Publikum, sondern ist offen für alle. Dabei geht es durchaus um die Förderung und Ermöglichung einer professionellen und hohen Qualitätsmaßstäben verpflichteten Kunst. Vor allem aber geht es uns um die Entwicklung der eigenen Kreativität und des künstlerischen Potentials aller Bürgerinnen und Bürger.

Zur Umsetzung dieser Ziele haben wir erhebliche finanzielle Anstrengungen unternommen. Die beim Regierungswechsel 1985 verfügbaren Mittel für Kulturförderung waren mit 25 Mio DM bescheiden; sie wurden auf knapp 69 Mio DM im Jahr 1994 kontinuierlich gesteigert. Dies ist die bundesweit höchste prozentuale Steigerungsrate unter den alten Bundesländern.

In den nächsten Jahren wird es nicht allein darum gehen können, die erreichte Angebotsvielfalt in der Kulturlandschaft Saar lediglich fortzuschreiben. Ziel künftiger Kulturpolitik wird es auch sein, das Bewußtsein um das industriekulturelle Erbe des Landes mit seinen Denkmälern um Kohle und Stahl weiter zu stärken. Hier gilt es, ein Stück saarländischer Geschichte, einen bedeutenden Abschnitt saarländischer Arbeiter- und Alltagskultur für die Nachwelt zu sichern.

Sozialdemokratische Kulturpolitik stellt sich ferner der Aufgabe, die sich aus dem Bau des europäischen Hauses ergebende Chance für die Grenzregion Saar-Lor-Lux im Herzen Europas zu nutzen. Unsere saarländische Identität und unsere saarländische Lebensqualität haben in der Vergangenheit durch den engen Kontakt und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Frankreich und Luxemburg wichtige Impulse erhalten, einen spezifischen Charme und Qualitäten erworben, die für die kulturelle Attraktivität unserer Region wichtig sind. Beim Ausbau der weiteren Zusammenarbeit werden gerade die Künstler eine wichtige Rolle spielen.

Die saarländische Kulturlandschaft ist im wesentlichen geprägt durch das Staatstheater, das Saarland-Museum, die Hochschule der Bildenden Künste Saar und die Hochschule für Musik und Theater. Sie haben mit vielfältigen Aktivitäten saarländischer Kultur Profil gegeben und wirken weit über die Region hinaus.

Das Staatstheater: Eine Bühne von Rang

Wir wollen auch künftig den beim Saarländischen Staatstheater inzwischen erreichten hohen Qualitätsstandard erhalten und, soweit möglich, ausbauen. Und wir wollen seinen Auftrag stärken, nicht nur Forum der Kunst, sondern auch Forum für die gesellschaftspolitischen Fragen der Zeit zu sein.

Es ist dem Staatstheater gelungen, mit der gesellschaftspolitischen Öffnung eine Öffnung hin zu neuen Publikumsschichten zu verbinden. Die verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit und das Vorlegen attraktiver, auf die Region zugeschnittener Spielpläne lockten besonders jüngere Leute in die Theater. Zuletzt über 230.000 Besucher in der Spielzeit 1993/94 dokumentieren diese Öffnung nach außen, womit auch hinsichtlich der Platzausnutzung von über 90 Prozent bundesweit ein Spitzenplatz erreicht wurde.

Von hoher künstlerischer Qualität sind auch die Ballett-Choreographien von Birgit Scherzer. Man zählt das Saarbrücker Ensemble zu den besten der Republik.

Besonders verpflichtet fühlen wir uns der kulturellen Entwicklung der nachwachsenden Generation in unserer Gesellschaft. Daher engagieren wir uns für den kontinuierlichen Ausbau des Kinder- und Jugendtheaters Überzweg.

Impulse für die Museen

Überregional gewürdigt wurde in den letzten Jahren das Saarland Museum für seine großen Ausstellungsprojekte. Bundesweite Medienaufmerksamkeit wurde Künstlerausstellungen zum Werk von Klee, Picasso, Matisse, Slevogt, Baselitz und Chagall zuteil: Beleg dafür, daß sich die Unterstützung des großen Museums des Landes gelohnt hat.

Unter dem Dach der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz sind jene Sammlungen vereint, die neben den erwähnten Ausstellungshighlights des Saarland Museums ständige Angebote für die kunstinteressierten Bürger bereithalten, vor allem natürlich die für ihre Bestände aus den Bereichen Malerei und Skulptur des 20. Jahrhunderts vielgerühmte Moderne Galerie des Saarland Museums, deren Gewicht durch Ankäufe von Werken von Künstlern wie Pablo Picasso, Arnulf Rainer oder Tapiés in den letzten Jahren weiter gesteigert wurde. Ein Forum für die regionale Kunst wurde durch die Eröffnung der Landesgalerie geschaffen.

Für das Frühjahr 1995 ist die Wiedereröffnung der Alten Sammlung mit einem neuen Präsentationskonzept geplant. Es handelt sich um die wichtigste Sammlung älterer Kunst und Kultur des Landes zwischen Hochmittelalter und beginnender Industrialisierung. Zusammen mit dem bereits 1993 wiedereröffneten Museum für Vor- und Frühgeschichte ergibt sich ein umfassendes Bild der kulturellen Entwicklung unserer Region.

Seit 1994 gehört auch die Stadtgalerie in Saarbrücken zum Bestand der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz. Mit ihrem Schwerpunkt "Kunst der Avantgarde" und einer engen Kooperation mit der Hochschule der Bildenden Künste Saar gibt sie einen Einblick in das künstlerische Schaffen unserer Zeit.

Hochschule der Bildenden Künste Saar

Diese Kooperation ist zugleich der Beleg, daß gerade die Gründung und der konsequente Ausbau der Hochschule der Bildenden Künste Saar nachhaltige Impulse für unsere Kulturlandschaft gegeben haben. Die mittlerweile 14 Professuren und rund 300 Studenten beleben mit vielfältigen Kunstpräsentationen die kulturelle Szene.

Die Hochschule entwickelt dabei nicht etwa nur ein elitäres Kunstverständnis, sondern erreicht mit ihrer Arbeit mitten im kulturellen Leben des Landes eine breite Resonanz. Dazu gehört auch ihre Zusammenarbeit mit der saarländischen Wirtschaft etwa im Bereich Produktdesign.

Die Aufbauphase der Hochschule ist weitgehend abgeschlossen. Aufgabe der nächsten Legislaturperiode wird eine weitere inhaltliche Profilierung der Hochschule sein. Ein Aspekt ist dabei die enge Zusammenarbeit mit der Hochschule für Musik und Theater, dem Saarländischen Rundfunk, dem Staatstheater und der Stadtgalerie, die Erschließung weiterer künstlerischer Arbeitsmöglichkeiten in dem Völklinger Hüttenensemble und der Ausbau der Handwerker-gasse in Völklingen zu attraktiven Ateliers und Werkstätten.

Kultur für alle

Sozialdemokratische Kulturpolitik fördert über die Aufführungen des Theaters und die Ausstellungen der Museen hinaus eine reiche Veranstaltungspalette: Festivals wie die "Perspectives" oder der Nachwuchsfilm-Wettbewerb um den Max-Ophüls-Preis oder die Musikfestspiele Saar sorgen für Glanzlichter im kulturellen Geschehen.

Nicht vergessen sollte man aber auch die vielen kommunalen Kulturangebote, für deren Unterstützung sich die SPD-Saar immer wieder stark gemacht hat. Deren Zusammenfassung im Kulturkalender "Saarländischer Sommer" und "Akzente", verbunden mit einem finanziellen Förderprogramm, läßt die ganze Bandbreite kulturellen Schaffens in den saarländischen Kommunen deutlich werden. Kulturtage, Jazz-Festivals, Kleinkunst-Treffen vielerorten tragen zu einer reichen saarländischen Kulturlandschaft bei.

Eine zunehmend wichtigere Rolle kommt der saarländischen Filmförderung zu, deren Etat seit 1990 erheblich gewachsen ist. Entsprechend unserem übergreifenden Konzept, für das Saarland geeignete Wege zu gehen und Nischen zu finden, steht im Vordergrund nicht die Förderung einzelner, kostenintensiver Filmproduktionen. Initiiert werden vielmehr Grundlagenprojekte, mit denen die Basis für eigenständige Arbeit der Künstlerinnen und Künstler geschaffen werden kann.

Für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes besonders effizient, wenn auch vielfach un bemerkt, geschieht die Verleih- und Kopienförderung, die wesentlich zum Erhalt auch kleinerer Kinos in ländlichen Gebieten beiträgt. Mit Hilfe von Fördermitteln werden im Rahmen der Möglichkeiten Zusatzkopien besonders publikumsträchtiger - und damit teurer - aktueller Filme finanziert, die auch kleine Kinos in die Lage versetzen, Publikumsrenner frühzeitig anzubieten und so helfen, den Bestand dieser Kinos zu sichern.

Ziel saarländischer Kulturpolitik in den nächsten Jahren wird es vor allem sein, die möglichen Synergien zwischen den Kulturinstitutionen auszubauen und ihren Beitrag für kulturelle Aktivitäten in der Region noch besser

zu nutzen. Die Hochschule der Bildenden Künste Saar wird Arbeiten ihrer Studierenden künftig stärker außerhalb Saarbrückens in saarländischen Kommunen präsentieren und dabei auch untypische Ausstellungsräume wie Krankenhäuser, Firmen aufsuchen.

Das Saarland Museum hat signalisiert, Leihgaben aus seinen Magazinen für kleinere Ausstellungen in der Region zur Verfügung zu stellen. Auch das Staatstheater ist zu Abstechern in die Region bereit, um auf den dortigen Bühnen umsetzbare Stücke zu präsentieren.

Überhaupt gilt, daß gerade die Bildenden Künste gefordert sind, stärker noch als bisher im öffentlichen Raum aufzutreten und den Alltag zu prägen. Das wichtige Instrument "Kunst am Bau" bzw. "Kunst im öffentlichen Raum" soll künftig stärker kulturpolitisch genutzt werden. Dabei ist auch im Rahmen zu treffender Auswahlentscheidungen künstlerischer Sachverstand in größerem Umfang einzubeziehen. Deshalb werden die Richtlinien für die "Kunst im öffentlichen Raum" im Rahmen von Bauten der öffentlichen Hand neugefaßt.

Die Unterstützung breiter kultureller Aktivitäten im Land wird durch vielfältige Zuwendungen an Organisationen und Vereine mit musisch-kultureller Zielsetzung abgerundet. Die sozialdemokratische Landesregierung hat den Anteil aus dem Sportwettengesetz beträchtlich erhöht und Rückgänge aus den Einnahmen durch anderweitige Förderungen ausgeglichen.

Vereine und kulturelle Organisationen werden so nachhaltig unterstützt. Es war zudem möglich, den Kreis der zu fördernden Organisationen deutlich zu erweitern, etwa um den Saarländischen Rockmusikerverband oder den Landesverband Jazz.

Kulturelle Impulse aus unserer Regionalgeschichte

Das Saarland ist uraltes Kulturland. Das zeigen die sensationellen archäologischen Funde in Bliesbrück-Reinheim oder die Villa Nennig. Aber auch aus den folgenden Jahrhunderten gibt es bedeutende Zeugnisse künstlerischen Schaffens, von der romanischen Zeit bis zur Industriearchitektur. Ein reiches Erbe hat uns vor allem die Barockzeit hinterlassen, von bedeutenden Architekten wie Friedrich Joachim Stengel oder Christian Kretzschmar geschaffen.

An einer der wichtigsten Arbeiten Stengels, dem Saarbrücker Schloß, hat Gottfried Böhm mit einer herausragenden Synthese von alt und neu gezeigt, wie es gelingen kann, unsere traditionelle Kultur mit der Moderne zu neuem schöpferischem Ausdruck zu verbinden. Dies ist der Geist, aus dem heraus die SPD an der Saar Kulturpolitik versteht.

Sozialdemokratische Kulturpolitik hat stets die geschichtlich gewachsene Identitätsbildung unseres Landes unterstützt. Historische Wurzeln offenzulegen, regionale Kulturtraditionen jenseits von Heimattümelei und Romantisierung zu bewahren und fortzuentwickeln, war uns in den vergangenen zwei Legislaturperioden ein wichtiges Anliegen.

Hervorzuheben ist die historische Bewußtseinsbildung und Erinnerungsarbeit in den didaktisch hervorragend aufbereiteten Darstellungen verschiedenster saarländischer Zeitabschnitte im Historischen Museum Saar.

Beredete Zeugnisse örtlicher Kultur offerieren aber auch die rund 55 Heimatmuseen, die durch Einstellung eines Museumsberaters unterstützt werden. Die meisten dieser Museen sind in einem vom Land unterstützten Verband zusammengeschlossen, dessen Arbeit zu einer deutlichen Verbesserung der Ausstellungskonzeptionen und zur Inventarisierung der Sammlungen geführt hat.

Größte Herausforderung für das Land aber sind die Hinterlassenschaften einer vor Jahrzehnten noch blühenden Industrielandschaft um Grube und Stahlwerk. Das Saarland hat sich im Bewußtsein von Tradition und Identität der Region als Standort von Kohle und Stahl entschieden, wichtige Monumente der Bergwerks- und Stahlgeschichte für die Nachwelt zu sichern und zur Besichtigung zugänglich zu machen.

Die großen Industrieanlagen sind erkaltet und stumm geworden. Durch ihre Erhaltung als Denkmal der Industriekultur, die Möglichkeit des Erlebens und des Nachvollziehens industrietechnischer Verfahren und Arbeitsabläufe sowie in neuer Form als kulturelles Forum moderner Kunst, Musik und Schauspiel sollen sie Sprache und Ausdrucksfähigkeit zurückerlangen.

Die Nutzung darf sich nicht in der musealen Aufbereitung erschöpfen. Erforderlich ist die Revitalisierung durch eine Kultur, die sich mit den durch schwere körperliche Arbeit geprägten Räumlichkeiten auseinandersetzt, die die Zusammenarbeit und den Konflikt zwischen Mensch und Maschine thematisiert. Modernes Tanztheater, avantgardistisches Theater und neue Musik bekommen durch die industriell geprägten Veranstaltungsräume ganz neue Inspirationen

Das zuletzt auch von der Europäischen Union unterstützte Festival "Schichtwechsel" ist ein gelungenes Beispiel für die Symbiose von Ort und Geschehen in der Gasgebläsehalle der Völklinger Hütte. Auch die Unterbringung von Künstlerateliers in der Handwerker-gasse hat sich befruchtend auf die künstlerische Arbeit ausgewirkt.

Auf Anregung des Saarlandes hat die Bundesregierung das weltweit einmalige Ensemble der Völklinger Hütte als Industriekulturdenkmal der UNESCO zur Aufnahme in die Liste des kulturellen Weltkulturerbes vorgeschlagen. Dieser Antrag wird derzeit im Rahmen der UNESCO geprüft.

Bei unserem Engagement für die Industriedenkmäler dürfen wir nicht im Saarland stehenbleiben. Wir müssen die gesamte Region mit einbeziehen. Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Lothringen und Luxemburg soll der europäische Charakter der früheren Industrielandschaft hervorgehoben werden. Die Grube Wendel in Petite Roselle gehören ebenso zu einer auch kultur-touristisch nutzbaren Industriedenkmalstraße Saar-Lor-Lux wie das Erzbergrevier Fond Du Gras in Luxemburg.